

INTER OFAX 72

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

INFORMATION REPORT

REPORT NO.

CD NO.

COUNTRY East Germany

DATE DISTR. 15 December 1952

SUBJECT East German Railroad Information Bulletins

NO. OF PAGES 1

25X1A

NO. OF ENCLS. 2 Booklets
(LISTED BELOW)

SUPPLEMENT TO
REPORT NO.

25X1X

25X1A

The attached East German railroad information bulletins No. 28 and 29, dated 2 October and 9 October 1952 are sent to you for retention.

THIS DOCUMENT HAS AN ENCLOSURE ATTACHED
DO NOT DETACH

CLASSIFICATION

SECRET

[illegible]

25X1A

SECRET

25X1A

Approved For Release 2002/08/19 : CIA-RDP83-00415R013600170010-

German Democratic Republic

FIG Abstract of

REICHSBahn GAZETTES (34 pp; German;
date of distribution: 15 Dec 1952)

25X1A

25X1X

The document consists of the following issues of the Mitteilungsblatt der Deutschen Reichsbahn (Reichsbahn Gazette): appendices A, B, and C to vol III, no 28, of 2 Oct 1952, and vol III, no 29, dated 9 Oct 1952.

The greater part of no 29 is, as usual, taken up by the publication of official decrees and announcements of the Directorate General and the various directorates of the Reichsbahn. These announcements are subheaded as follows: operations, passenger traffic, safety and communications, vehicle group, chief bookkeeping department, planning, finances, organization, cadres, labor, and economic enterprises /ambiguous. Possibly here: restaurant enterprises/.

The issues include the following items of special interest:
Decree instituting compulsory railroad instructions courses, dated 23 Sep 52.
Directives for conducting compulsory railroad instructions courses, valid as of 1 Oct 52.
Temporary directives for train personnel, valid as of 1 Oct 52.
Beginning 1 Oct 52, loss of identification cards by railroad personnel will be punished by a severe reprimand for the first offense, immediate dismissal for repetition of offense. At the next instruction course each Reichsbahn unit is to be impressed with the importance of identification cards and the danger of their getting into the wrong hands.
List and invalidation of lost identification cards.
Decree pertaining to remuneration of instructors in people-owned and equivalent enterprises, of 12 Sep 52, valid retroactively as of 1 Jul 52.
Directives covering overtime and lunchtime, as of 15 Sep 52.

Foreign-language document or a microfilm of it ☐ may be obtained from
CIA Library, ☐

25X1A

25X1A

12 Jan 53

SECRET

Approved For Release 2002/08/19 : CIA-RDP83-00415R013600170010-1

SECRET

25X1A



THIS IS AN ENCLOSURE TO
DO NOT DETACH
MITTEILUNGSBLATT
DER DEUTSCHEN REICHSBahn

Anlage A
zum
Mittellungsblatt
28/52

Berlin, den 2. Oktober 1952

CPYRGHT

Arbeitsrichtlinien für die Durchführung des Dienstunterrichtes

Die Lösung der großen Planaufgaben der Deutschen Reichsbahn und der Aufgaben zum Aufbau des Sozialismus erfordern von allen Eisenbahnern eine hohe Qualifikation, die Kenntnis der zur Handhabung des Dienstes erlassenen Bestimmungen, die Beherrschung der neuesten Arbeitsmethoden, ein gutes Staatsbewußtsein und eine straffe Disziplin.

Alle schulischen Einrichtungen und Maßnahmen haben der Erreichung dieser Ziele zu dienen; jeder Unterricht muß inhaltlich diesen Grundvoraussetzungen entsprechen. Entscheidend für eine gute Anleitung und Kontrolle des Unterrichtes ist eine straffe Organisation und eine planmäßige Arbeit, verbunden mit einer wissenschaftlich fundierten Methode.

Der Dienstunterricht der Deutschen Reichsbahn wurde in seiner Bedeutung für die Qualifizierung unserer Eisenbahner, für die Aneignung eines hohen Staatsbewußtseins und die Erziehung zur Disziplin bisher

verkannt und in vielen Dienststellen nur formal durchgeführt. Er erhält durch den Aufbau des Sozialismus in der DDR und zur Erziehung zum sozialistischen Bewußtsein besondere Bedeutung.

Der Dienstunterricht ist nicht nur ein Hebel zur Erreichung dieser notwendigen Voraussetzung, er ist ein Mittel zur autoritativen und operativen Leitung des Betriebes durch den Dienstvorsteher. Er schafft durch die Vermittlung des notwendigen Wissens die Grundlagen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Selbstkosten.

Der Aufbau des Sozialismus in der DDR erfordert die organisatorische und methodische Reorganisation des Dienstunterrichtes. Aus diesem Grunde wurde von einer Arbeitsgemeinschaft unter Beteiligung aller Rbd folgende Richtlinie erarbeitet, deren Durchführung ab 1. 10. 52 angeordnet wird.

gez.: Kramer

A. Aufgabe des Dienstunterrichtes

1. Der Dienstunterricht ist die erste wissenschaftlich fundamentierte Unterrichtsform bei der DR. Theorie und Praxis stehen in unmittelbarer Wechselwirkung zueinander.

2. Aufgabe des Dienstunterrichtes ist es

die Leistungen der Eisenbahner zu erhöhen, ihre Kenntnisse zu ergänzen und zu festigen, sie mit neuen Dienstvorschriften und Einrichtungen bekannt zu machen,

ihnen die neuesten Erfahrungen und Arbeitsmethoden der Neuerer der Sowjetunion und der Deutschen Reichsbahn sowie der anderen befreundeten Staaten zu vermitteln,

sie zu einem sozialistischen Bewußtsein und zu einer straffen Disziplin zu erziehen.

B. Teilnehmerkreis und Arten des Dienstunterrichtes

1. Im Dienstunterricht werden alle Beschäftigten des operativen Betriebs- und Verkehrsdienstes, des Betriebsmaschinendienstes, des Sicherungs- und Fernmeldedienstes und der Bahnunterhaltung erfaßt.

2. Die Beschäftigten der Betriebs- und Verkehrsleitungen in den Rbä und Rbd und die Angehörigen der betriebsmaschinentechnischen Abteilungen in den Rbä sind gleichfalls im Dienstunterricht zu erfassen.

Die Verwaltungspersonale dieser Dienststellen erhalten an Stelle des Dienstunterrichtes zur Aneignung der Gesetze und Verordnungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und zum Studium der demokratischen Einrichtungen seminaristischen Unterricht in der innerbetrieblichen Schulung. Die leitenden Angestellten erhalten darüber hinaus Unterricht in den Fachseminaren.

3. Es wird grundsätzlich nach

a) **planmäßigem Dienstunterricht** — der im Dienstplan der Dienststellen mit zwei Stunden monatlich festzusetzen ist, und

b) **Sonderunterricht** — der bei Bedarf, d. h. bei besonderen Anlässen (Massentransporten, Großveranstaltungen in der DDR und den dazu erforderlichen verkehrstechnischen Maßnahmen), entweder von der Rbd oder von der GdR angeordnet wird — unterschieden.

4. Die Teilnahme am Unterricht ist Pflicht. Unentschuldigtes Fehlen wird als Dienstversäumnis nach der Disziplinarordnung geahndet.

SECRET

379

C. Organisation des Dienstunterrichtes

1. Der Dienstunterricht wird in der Regel auf den Dienststellen in den Unterrichtsräumen oder anderen geeigneten Räumen durchgeführt.
2. Dienststellen mit einem geringen Personalbestand können unter der Verantwortlichkeit des zuständigen Reichsbahnbeamten im Dienstunterricht mit benachbarten Dienststellen vereinigt werden. Den Unterrichtsort vereinbaren die Dienststellenvorsteher miteinander.
3. Die Beschäftigten einer Dienststelle mit gleichen Tätigkeiten, z. B. Rangierer, Fahrdienstleiter, Lademeister usw., sind unterrichtsmäßig als **Fachgruppe** zu betrachten. Für die Durchführung des Unterrichts sind zwei Arten zu unterscheiden:
 - a) Grundsätzlich ist der Fachgruppenunterricht anzustreben, da er für die Beschäftigten der jeweiligen Fachgruppe eine gründlichere Behandlung des vorgesehenen Themas auf die speziellen Belange der Fachgruppe ermöglicht. Soweit auf den Dienststellen Arbeitsbrigaden bestehen, sind diese auch im Dienstunterricht als Einheit zu erfassen. Ein Fachgruppenunterricht soll im allgemeinen nicht mehr als 30, mindestens jedoch 10 Beschäftigte erfassen.

Gebt den Kriegstreibern die Antwort —

Schafft Friedenskomitees!

- b) Auf kleineren Dienststellen, auf denen ein Fachgruppenunterricht infolge des geringen Personalbestandes nicht erfolgen kann, ist ein Komplexunterricht durchzuführen. Im Komplexunterricht sind **mehrere oder alle Fachgruppen** der Dienststelle zusammenzufassen.
Ein Komplexunterricht ist ebenfalls dann durchzuführen, wenn die Behandlung von Themen, die auch im Arbeitsablauf mehrere Fachgruppen berühren (z. B. die Behandlung eines Unfalls), es erforderlich machen.
- c) Die Themen sind rechtzeitig an der Bekanntmachungstafel oder in anderer geeigneter Weise bekanntzugeben. Es ist sicherzustellen, daß alle Beschäftigten der Dienststelle von der Themenstellung Kenntnis erhalten.
- d) Den Angehörigen der Transportpolizei und des Betriebsschutzes ist die Teilnahme am Dienstunterricht zu gestatten.

D. Die Verantwortlichen und die Lehrkräfte für den Dienstunterricht

1. Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung des Dienstunterrichtes im Bezirk eines Reichsbahnbeamten und die Festlegung der für den Dienstunterricht erforderlichen Lehrkräfte obliegt dem Amtsvorstand.
2. Für die Durchführung des Dienstunterrichtes und die Erfassung aller Beschäftigten auf den Dienststellen ist der Dienststellenvorsteher dem Amtsvorstand gegenüber verantwortlich.
3. Der Dienstunterricht stellt an den Lehrer große Anforderungen an Wissen, fachliches Können und an seine persönliche Haltung. Darüber hinaus müssen die Lehrkräfte über pädagogisches Können verfügen, das sie befähigt, den zu vermittelnden Wissensstoff nicht nur methodisch richtig, sondern gegenwartsnah und in Verbindung mit den großen sozialistischen Planaufgaben zu entwickeln.

4. Die Form des Dienstunterrichtes ist das Lehrgespräch.
5. Der Dienststellenvorsteher oder dessen Vertreter hat den Dienstunterricht selbst durchzuführen.

Auf größeren Dienststellen kann zur Entlastung des Dienststellenvorstehers der Amtsvorstand auf Vorschlag einen anderen qualifizierten und pädagogisch befähigten Angestellten mit der Durchführung des Dienstunterrichtes beauftragen.

Für spezielle Themen (z. B. im Rangierdienst die Mamedow-Methode) kann in jedem Einzelfalle der Dienststellenvorsteher einen Aktivisten usw. mit der Durchführung des Dienstunterrichtes beauftragen. Der Dienststellenvorsteher oder sein Vertreter haben dann in jedem Falle dem Dienstunterricht beizuwohnen.

E. Themenstellung und Unterrichtsdisposition

1. Wie unter B 3a festgelegt, umfaßt der planmäßige Dienstunterricht für alle Beschäftigtengruppen zwei Stunden monatlich.

Die hierfür erforderlichen Themen werden

- a) für die erste Stunde von der zuständigen Fachabteilung der Reichsbahndirektion festgelegt und in einer Unterrichtsdisposition durch den zuständigen Schulungssachbearbeiter rechtzeitig an die Dienststelle bekanntgegeben,
- b) für die zweite Stunde vom Dienststellenvorsteher selbst ausgewählt. Er erhält hierdurch die Möglichkeit, die bei seinen Kontrollen und anderweitig festgestellten Mängel auf seiner Dienststelle unterrichtsmäßig zu behandeln.
- c) Die Rbd haben die evtl. von der zuständigen Fachgruppe der Generaldirektion Reichsbahn angeordneten Themen zu berücksichtigen und in ihre eigene Themenstellung einzuarbeiten.

2. Die Festlegung der Themen erfolgt jeweils für einen Monat.

3. Die Fachabteilung hat bis zum 10. des Vormonats das Thema und die entsprechende Unterrichtsdisposition dem jeweiligen Schulungssachbearbeiter zu übergeben. Der Schulungssachbearbeiter hat diese nach den folgenden Grundsätzen zu bearbeiten und bis zum 20. d. Vormonats vervielfältigt den Dienststellen zu übersenden.

4. Die Disposition muß folgende Hauptpunkte und methodischen Merkmale enthalten:

- a) Unterrichtsziel:
Aus der klaren Zielsetzung muß ersichtlich sein, welche Erkenntnisse der Unterricht vermitteln und welches Ergebnis er erreichen soll.
- b) Einleitung:
Bei jedem Thema ist zunächst der Zusammenhang der volkswirtschaftlichen Aufgaben mit den jeweiligen Diensthandlungen herzustellen.

- c) Hauptteil:
Durch eine entsprechende Fragestellung sind die Schwerpunkte des Themas herauszustellen und mit den Unterrichtsteilnehmern zu erarbeiten. Zur Vorbereitung des Lehrers sind zu jeder Frage die entsprechenden Hinweise auf die gegebenen Bestimmungen und Literatur anzuführen (d. s. die §§ der Dienstvorschriften, die Nr. der Anordnungen der Mitteilungsblätter, Zeitschriften, Fachbücher, Verfügungen und Verordnungen).

In Ermangelung konkreten Studienmaterials ist für die Erarbeitung der Antwort durch die Dienststellenvorsteher eine stichwortartige Erläuterung einzelner Begriffe zweckmäßig. Jede Disposition muß so aufgebaut sein, daß es von vornherein unmöglich

ist, diese nur ablesen zu können. Sie soll eine Studienanleitung sein.

Die Fragen sind für die einzelnen Fachgruppen getrennt zu halten.

d) **Schlußfolgerung:**

Wie ist das Erlernete zur Erreichung des gesteckten Zieles anzuwenden?

- e) Die Fragen für den Selbstunterricht sind aus dem gestellten Thema heraus zu entwickeln. Die Anzahl der Fragen richtet sich nach den Schwerpunkten des gestellten Themas.

Die Fragen für den Selbstunterricht sind den Beschäftigten rechtzeitig bekanntzugeben, damit ihre Erarbeitung bereits im Dienstunterricht kontrolliert werden kann.

F. Die Arbeit des Bezirkslehrers:

1. Für den Bezirk eines Reichsbahnammtes oder für einen Teilbezirk (für den Bahnunterhaltungsdienst und den Betriebsmaschinendienst je nach Bedarf für den Reichsbahndirektionsbezirk) werden Bezirkslehrer eingesetzt.

2. Der Bezirkslehrer muß sowohl fachlich als auch gesellschaftlich fundamentiertes Wissen, eine moralisch einwandfreie Haltung und pädagogisches Können besitzen.

3. Die Bezirkslehrer haben die Aufgabe, auf bestimmten planmäßig festzulegenden Dienststellen den Dienstunterricht turnusmäßig zu übernehmen. Hierbei kommen insbesondere Dienststellen III. und IV. Klasse in Betracht. Auf allen anderen Dienststellen haben sie die Dienstunterrichterteilenden anzuleiten und in ihrer Arbeit zu kontrollieren. Sie haben zum Erkennen von Fehlern, Mängeln und Schwächen und zur Auswertung im Dienstunterricht bestimmte Kontrollbefugnis. Sie sind jedoch keine Kontrolleure. Der Einsatz zu diesen Funktionen ist grundsätzlich untersagt.

Auf Schwerpunktdienststellen haben sie nach Bedarf gleichfalls den Dienstunterricht mit zu übernehmen.

4. Der Bezirkslehrer untersteht weisungsmäßig dem Amtsvorstand des zuständigen Reichsbahnammtes. Eine Anordnung der Schulungsverantwortlichen der Reichsbahndirektion steht jedoch über der Weisung des Amtsvorstandes. Diese Weisungen haben sich jedoch ausschließlich auf Schulungsfragen zu beschränken und dürfen nur dann gegeben werden, wenn es im Interesse zentraler Aufgaben erforderlich ist.

5. Die Pflichtstundenzahl eines Bezirkslehrers beträgt wöchentlich 20 Unterrichtsstunden. Die übrigen 28 Wochenstunden stehen für die Zeit der Vorbereitung auf den Unterricht, die Reisezeit und die Teilnahme an Besprechungen usw. zur Verfügung. Die Unterrichtsreisen sind so einzuplanen, daß jeweils mehr als eine Dienststelle besucht werden kann. Die Grundlage hierfür sind die einmalig von den Dienststellen festzulegenden Dienstunterrichtstage und -zeiten, die im Reichsbahnamt vorzuliegen haben.

Bei Teilnahme an Schulungen usw. wird die Pflichtstundenzahl entsprechend reduziert (täglich 4 Stunden).

6. Der Bezirkslehrer ist verpflichtet, ständig sein Wissen in fachlicher, gesellschaftlicher und pädagogischer Hinsicht zu erweitern. Ihm sind alle einschlägigen Dienstvorschriften persönlich zuzuteilen. Von allen wichtigen Verfügungen und Entscheidungen ist er in Kenntnis zu setzen.

7. Über seine Tätigkeit hat der Bezirkslehrer einen Tätigkeitsnachweis zu führen, der folgende Angaben enthalten muß:

- a) Tag,
- b) besuchte Dienststelle,

- c) Unterrichtsthemen und -zeit bzw. sonstige Tätigkeit,
- d) Beteiligung am Unterricht, Auswirkung des Unterrichts,
- e) festgestellte oder bekannt gewordene Mängel und Fehler. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet, um sie abzustellen?

Der Tätigkeitsnachweis ist regelmäßig (monatlich einmal) dem Amtsvorstand zur Kenntnisnahme und Gegenzeichnung vorzulegen.

G. Berichtswesen für den Dienstunterricht

1. Das Berichtswesen beschränkt sich auf die dienstlich notwendigen Unterlagen und hat in unbürokratischer Weise zu erfolgen. Zur ständigen Verbesserung des Dienstunterrichtes ist von den Dienststellen im Bericht kritisch und selbstkritisch Stellung zu nehmen.

2. Jede Dienststelle hat über die Beteiligung am Dienstunterricht eine Teilnehmerliste zu führen, in die sich die Teilnehmer selbst eintragen und aus der der Unterrichtstag und das Unterrichtsthema sowie der Name des Lehrers hervorgeht. Gleichfalls ist auf der Teilnehmerliste eine kritische Einschätzung der Unterrichtsstunde zu vermerken.

Anlage A

3. Außerdem führt die Dienststelle einen Unterrichtsnachweis (siehe Anlage).

Anlage B

4. Die Dienststelle berichtet an das Reichsbahnamt mit dem Monatsbericht für den Dienstunterricht lt. Anlage.

Anlage C

5. Für die Meldung über den Dienstunterricht durch das Reichsbahnamt an die zuständige Reichsbahndirektion hat der Schulungssachbearbeiter folgende Angaben zu machen:

- a) Dienstzweig (Betriebsdienst, Verkehrsdienst usw.),
- b) Gesamtzahl der Beschäftigten der Dienststellen,
- c) zur Teilnahme am Dienstunterricht verpflichtet,
- d) wieviel haben teilgenommen?
- e) wieviel Prozent von c)?

Diese Meldung ist zweckmäßigerweise mit den übrigen Berichten über das Schulungswesen zu verbinden.

H. Kontrolle

1. Der Amtsvorstand und die von ihm zu beauftragenden leitenden Angestellten des Reichsbahnammtes (Betriebsingenieure, Verkehrskontrolleure, Gruppen- und Abteilungsleiter und andere) haben bei Dienstreisen auch die ordnungsgemäße Durchführung des Dienst- und Selbstunterrichtes gemäß dieser Arbeitsrichtlinie zu überprüfen.

2. Zu diesem Zweck hat jede Dienststelle eine besondere Akte Dienstunterricht anzulegen und ordnungsgemäß zu führen, in der die Unterlagen in folgender Reihenfolge einzuheften sind:

- a) die grundsätzliche Arbeitsrichtlinie und weitere grundsätzliche Anordnungen,
- b) die Dispositionen,
- c) die Teilnehmerlisten und Unterrichtsnachweise,
- d) die Berichte an das Reichsbahnamt.

3. Das Reichsbahnamt wird zur Führung einer gleichen Akte verpflichtet. An Stelle der Teilnehmerlisten werden die Berichte der Dienststellen und an Stelle der Berichte an das Reichsbahnamt sind die Berichte an die Reichsbahndirektion einzuheften. Außerdem sind in einem besonderen Abschnitt E die Berichte der Dienststellen über den Plan der Durchführung des Dienstunterrichtes einzuordnen.

Dienststelle: _____ Tag: _____ Stunde: _____

a) Thema b) Auswertung c) Kritische Einschätzung	Name	Tätigkeit	Name	Tätigkeit
<p>Jeder Teilnehmer hat sich selbst einzutragen!</p>				

(Unterschrift des Lehrers)

Vorderseite

Anlage B**DEUTSCHE REICHSBAHN**

Reichsbahndirektion

Reichsbahnamt

Unterrichtsstelle:

Beteiligte Dienststellen:

Unterrichtsnachweis **für den** **planmäßigen Dienstunterricht**

Kalenderjahr 195

Vorbemerkungen

1. Diesen Nachweis füllt die Dienststelle, bei der unterrichtet wird, auf Grund der Teilnehmerlisten aus.

Hierbei sind folgende Abkürzungen anzuwenden:

Der zur Teilnahme verpflichtete Beschäftigte war anwesend	/
" " " " " " war krank	kr
" " " " " " war dienstlich verhindert	v
" " " " " " war beurlaubt	u
" " " " " " hat unentschuldigt gefehlt	f

2. Soweit Teilnehmer gefehlt haben, hat die Dienststelle wie bei anderer Dienstversäumnis zu verfahren.

383

von Dienststelle _____ zum Rb-Amt _____ Monat _____ 195 _____

Rückseite

Kurze Zusammenfassung

a) Auswertung:

b) Kritische Einschätzung:

(Dienststellenleiter)



MITTEILUNGSBLATT

DER DEUTSCHEN REICHSBAHN

Berlin, den 2. Oktober 1952

Anlage B
zum
Mittellungsblatt
28/52

Vorläufige Richtlinien für das Zugbegleitpersonal

Gültig vom 1. Oktober 1952 an

Herausgegeben von der Generaldirektion der Deutschen Reichsbahn

Diese vorläufigen Richtlinien für den Zugbegleitdienst sind wie folgt zu verteilen:

- Generaldirektion der Deutschen Reichsbahn
- Reichsbahndirektionen
- Reichsbahnämter
- Zugbegleiterheimatbahnhöfe
- Reichsbahnfachschulen für Betrieb und Verkehr
- Die Zugführer — je persönlich —
- Die Zugschaffner — je persönlich —
- Die Fahrladeschaffner — je persönlich —
- Die Triebwagenschaffner — je persönlich —

Bis zur Herausgabe einer neuen „Dienstanweisung für das Zugbegleitpersonal“ gelten die „Vorläufigen Richtlinien für das Zugbegleitpersonal“.

Die Dienstanweisung für die Zugbegleitbeamten — gültig vom 1. September 1940 an — wird durch diese Richtlinien vorläufig außer Kraft gesetzt. Die endgültige Aufhebung erfolgt mit Einführung der neuen DA.

Grundsätzliches

Der planmäßige Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik erfordert von allen Werktätigen den Einsatz der ganzen Person und die Aneignung eines hohen fachlichen und gesellschaftlichen Wissens.

Es muß das größte Bestreben aller im Zugbegleitdienst tätigen Eisenbahner sein, durch intensives Selbststudium, das infolge der Eigenart dieses Dienstes den Hauptanteil bei der Qualifikation des Zugbegleiters darstellen wird, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zu verbessern und die Arbeit auf einen hohen Stand der Qualität zu bringen.

Jeder im Zugbegleitdienst beschäftigte Eisenbahner muß sich der Verantwortung und der Auszeichnung bewußt sein, für diesen Dienstzweig eingesetzt zu sein.

Im Verkehr mit den Reisenden soll er ein Repräsentant unserer neuen Gesellschaftsordnung und überall bemüht sein, den Geist des Fortschritts und des Sozialismus zu verbreiten. Jetzt, da ihm die Eisenbahn selbst gehört, wo die Herrschaft der kapitalistischen Klasse durch die großen Umwälzungen in unserer Republik beseitigt ist, wo die Arbeiterklasse die entscheidenden Kommandostellen des Staates und der Wirtschaft beherrscht, muß es sein höchstes Bestreben sein, besser und qualitativer zu arbeiten, als das jemals vorher der Fall war.

Durch Einhaltung einer strengen Disziplin, Geheimhaltung dienstlicher Vorgänge und ständige Wachsamkeit gegenüber Saboteuren, Agenten und Diversanten soll er seine ganze Kraft daransetzen, unseren Staat und die demokratische Staatsmacht gegen alle Anschläge des Klassenfeindes zu schützen und zu verteidigen.

In seinem Auftreten und Benehmen muß die neue Einstellung zur Arbeit und zur Gesellschaft zum Ausdruck kommen. Mit den übrigen Werktätigen zusammen soll er in enger Verbundenheit dem planmäßigen Aufbau des Sozialismus dienen.

Vorbemerkungen

Die vorläufigen Richtlinien gelten für alle als Zugführer, Zugschaffner, Fahrladeschaffner oder Triebwagenschaffner eingesetzten Eisenbahner; nachstehend kurz als „Zugbegleiter“ bezeichnet.

I. Allgemeine Dienstaufgaben

1. Die Hauptaufgaben der Zugbegleiter sind:

- a) die Züge nach den Fahrdienstvorschriften und sonstigen Betriebsvorschriften zu bedienen, zu beaufsichtigen sowie sicher und planmäßig dem Bestimmungsbahnhof zuzuführen;
- b) bei der Beförderung von Personen, Reisegepäck, lebenden Tieren und Gütern nach den Personen- und Güterbeförderungsvorschriften mitzuwirken.

Auf den vom Zuge berührten Bahnhöfen haben sie sich am Rangier- und Ladegeschäft ihres Zuges zu beteiligen und bei dringendem Bedarf oder auf besondere Anordnung auch sonstigen Bahnhofsdienst zu verrichten.

2. Die Sorge für die Sicherheit des Betriebes und der Reisenden geht jeder anderen Tätigkeit vor. Die Zugbegleiter dürfen selbst im Augenblick größter Gefahr ihren Posten erst dann verlassen, wenn sie alles getan haben, um einen dem eigenen oder einem anderen Zug drohenden Unfall abzuwenden oder zu mindern.

II. Besondere Dienstaufgaben

1. des Zugführers

- a) Der Zugführer hat den Zug zu übernehmen, ihn während der Fahrt zu führen und den gesamten Dienst am und im Zuge zu beaufsichtigen. Die Leitung des Zuges geht auf den Zugführer über, sobald der zuständige Betriebseisenbahner den Abfahrtraum erteilt.

- b) Der Zugführer hat, wenn es nach seinem Ermessen erforderlich oder besonders angeordnet ist, ganz oder teilweise die Aufgaben des Zugschaffners, Fahrladeschaffners oder Triebwagenschaffners mitzusehen.
- c) Auf den im AzFV genannten Stellen hat er die Aufgaben als Aufsicht und Rangierleiter wahrzunehmen.
- d) Der Zugführer ist dafür verantwortlich, daß die nach dem Geräteverzeichnis vorgeschriebenen Signalmittel und Zubehörstücke im Gepäckwagen vorhanden sind und nach Beendigung der Fahrt ordnungsmäßig übergeben oder an der vorgesehenen Stelle abgeliefert werden.
- e) Ergeben sich bei der Übernahme des Zuges Anstände, sorgt der Zugführer im Benehmen mit den zuständigen Eisenbahnern für Abhilfe. Beschädigungen und Mängel, die nicht behoben werden können, oder die während der Fahrt eintreten, hat er unverzüglich durch Bemängelungszettel zu melden.
- Auf Bahnhöfen ohne Wagenmeister und auf der freien Strecke kann der Zugführer das Lokomotivpersonal zur Beseitigung kleiner Schäden — besonders an der Druckluftbremse — zu Hilfe nehmen.

- f) Besondere Vorkommnisse sind im Fahrtbericht zu vermerken. Bei Unfällen und Betriebsstörungen ist nach den Fahrdienstvorschriften und der Betriebsunfallvorschrift zu handeln.

2. des Zugschaffners

- a) Der Zugschaffner hat die ihm zugewiesenen Wagen zu bedienen (Fahrausweiskontrolle, Heizung, Beleuchtung), für die Unterbringung der Reisenden und die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Zuge zu sorgen. Auf die ordnungsmäßige Betreuung der Reisenden (Auskunfterteilung), insbesondere Hilfsbedürftiger sowie alleinreisender Kinder, hat er sein besonderes Augenmerk zu richten. Die Sonderabteile sind besonders zu überwachen.
- b) Ferner hat er die Aufgaben des Zugsicherers zu erfüllen, beim Rangieren und der Bremsprobe mitzuwirken sowie die Untersuchung und Prüfung der Beschaffenheit und des Zustandes der Wagen und Ladungen auf Zuganfangs- und Unterwegsbahnhöfen vorzunehmen, wenn diese Arbeiten nicht Wagenuntersuchungs- oder Bahnhofspersonalen übertragen sind.

Werden auf Bahnhöfen ohne technisches Personal Wagen mit Faltenbälgen aus- oder eingesetzt, hat er darüber zu wachen, daß diese Arbeiten ordnungsgemäß ausgeführt werden; notfalls muß er sie selbst verrichten.

- c) Bei Bedarf oder auf besondere Anordnung muß er beim Aus- und Einladen mithelfen.
- d) Unregelmäßigkeiten, die der Zugschaffner nicht selbst abstellen kann und sonstige Besonderheiten meldet er dem Zugführer.



388

3. des Fahrladeschaffners

- a) Der Fahrladeschaffner hat die im Gepäckwagen zu befördernden Gegenstände am Zuge zu übernehmen und zu übergeben, unabgefertigtes Gepäck nachzubehandeln, beim Ein- und Ausladen mitzuhelfen und für richtige Verladung und Ausladung der Sendungen zu sorgen. Ebenfalls hat er sie während der Fahrt zu bewachen und vor Schäden zu bewahren. Während der Fahrt sind die Türen des Pw geschlossen zu halten. Auf besondere Anordnung hat er auch Reisegepäck und Güter im Zuge anzunehmen.
- b) Er hat die Innenräume des Gepäckwagens bei der Übernahme auf Schäden und Mängel zu untersuchen.
- c) Der Fahrladeschaffner muß die Reihenfolge und Lage der Bahnhöfe der von ihm befahrenen Strecken und die Anschluß- bzw. Übergangsverhältnisse kennen.

4. des Triebwagenschaffners

- a) Der Triebwagenschaffner kann bei den Triebwagenfahrten zugleich den Dienst des Zugführers, des Reisezugschaffners und eventuell auch des Fahrladeschaffners versehen.
- b) Außerdem obliegt ihm die Bedienung des Triebwagens und seiner Einrichtungen, soweit sie nicht Sache des Triebwagenführers sind.

III. Vorgesetzte und ihre Befugnisse

1. Unmittelbare Vorgesetzte des Zugbegleiters sind:

- a) der Vorstand des für ihn zuständigen Reichsbahnamtes,
- b) der Dienstvorsteher des Heimatbahnhofes,
- c) ihre Vertreter.

2. Die Zugbegleiter haben die dienstlichen Anordnungen zu befolgen, die ihnen die Abteilungsleiter der Rb, die Betriebs- und Verkehrskontrolleure, die Betriebsingenieure und die Zugrevisoren innerhalb ihres Dienstbereiches erteilen.

3. Beschränkt weisungsberechtigt (d. h. für den angebrachten, abzufahrenden oder durchzufahrenden Einzelzug) sind auch die Dienstvorsteher der Bahnhöfe und selbständigen Verkehrsdienststellen, Aufsicht, Fahrmeister, Fahrdienstleiter und technischen Personale der Bahnbetriebs- und Bahnbetriebswagenwerke innerhalb ihres Aufgabenbereichs.

Grundsätzliche Anordnungen sind den Zugbegleitern durch die Heimatdienststelle zu übermitteln.

4. Während der Fahrt untersteht das gesamte Zugpersonal (auch Lokpersonal) einschließlich der zum und vom Dienst fahrenden Eisenbahner (Gastfahrer) dem Zugführer.

Er kann auch den Angestellten der Post-, Schlaf- und Speisewagen dienstliche Weisungen erteilen, wenn es die ordnungsmäßige Durchführung des Bahnbetriebes erfordert.

5. Leistet der Zugführer oder ein anderer Zugbegleiter bei einer elektrischen Lokomotive oder einem Triebwagen den Dienst eines Beimannes, so muß er die hieraus erwachsenden Aufgaben nach den Anweisungen des Lokomotivführers oder des Triebwagenführers durchführen.

6. Der Zugführer hat sich, wenn es seine Dienstgeschäfte zulassen, bei dem Vorstand des für ihn zuständigen Reichsbahnamtes, bei den Dezernenten und Abteilungsleitern der Fachrichtungen Betrieb, Verkehr und Betriebsmaschinenendienst, bei dem Vizepräsidenten und Präsidenten der Reichsbahndirektion sowie bei den Abteilungsleitern Betrieb und Reiseverkehr der Generaldirektion unauffällig zu melden, sobald ihm ihre Anwesenheit im bzw. am Zug bekannt wird.

7. Unmittelbare Ablösungen der Zugbegleiter sind nur bei groben Verstößen gegen die Disziplin, Betriebs-

gefährdung oder sonstigen schwerwiegenden Gründen durch die unter 1 bis 3 und 6 genannten Vorgesetzten zulässig.

IV. Dienstfähigkeit

1. Die Zugbegleiter müssen das für ihren Dienst nach der Tauvo erforderliche Seh-, Farbunterscheidungs- und Hörvermögen besitzen.
2. Wenn sie merken, daß sie eine von ihnen verlangte Dienstleistung nicht mehr betriebssicher ausführen können, haben sie es dem anordnenden Vorgesetzten rechtzeitig zu melden. Der Schaffner hat auch den Zugführer und dieser — gegebenenfalls später — den Dienstvorsteher zu unterrichten.
3. Um die Dienstfähigkeit der Zugbegleiter — insbesondere der Sonderbedarfspersonale — sicherzustellen, müssen die Arbeitsschutzbestimmungen unbedingt eingehalten werden.

Bei Überbeanspruchung hat der Zugführer sofort seinen Heimatfahrmeister von der beabsichtigten unzulässigen Weiterverwendung fernmündlich zu verständigen.

V. Dienstvorschriften, Fahrpläne

1. Die Zugbegleiter haben die für ihren Dienst erforderlichen Vorschriften, Unterlagen und Drucksachen mitzuführen.
- Zugschaffner und Lokführer sind während der Fahrt berechtigt, die Dienstvorschriften des Zugführers einzusehen.
2. Sie haben sich mit den Fahrplänen ihrer Strecken vertraut zu machen und Buchfahrpläne, Taschenfahrpläne usw. sofort nach Bekanntwerden von Änderungen zu berichtigen.

VI. Dienstkleidung und Ausrüstung

1. Zum Dienst, im Dienst und vom Dienst haben die Zugbegleiter die nach der Berufskleidungsordnung vorgesehene Uniform zu tragen. Eigenmächtige Abweichungen sind verboten. Die Uniform ist stets sauber und in Ordnung zu halten.
 2. Die benötigten Ausrüstungsgegenstände, wie Signalpfeife, Knallkapseln, Handlaterne, Schlüssel, Lochzange sind stets mitzunehmen, ordnungsmäßig zu benutzen und schonend zu behandeln.
- Die Handlaterne ist, wenn sich der Dienst möglicherweise in die Dunkelheit erstreckt (Zugverspätungen), auch am Tage mitzuführen. Die Lochzange ist täglich beim Dienstantritt umzustellen und durch Probe auf ihre richtige Stellung zu prüfen.
3. Der Zugführer hat seine Uhr vor Antritt jeder Fahrt nach der Bahnhofsuhr zu stellen und mit der Uhr des Lokführers zu vergleichen. Auf Zeitunterschiede, die er unterwegs an Bahnhofsuhren beobachtet, soll er die Aufsicht möglichst hinweisen.
 4. Beschädigungen und Mängel an Ausrüstungsgegenständen melden die Zugbegleiter dem zuständigen Eisenbahner des Heimatbahnhofs, der Schaffner beim Zuge auch dem Zugführer.
- Wird ein notwendiges Ausrüstungsstück auf einer Dienstreise unbrauchbar, ist auf einem geeigneten Unterwegsbahnhof Ersatz anzufordern.
5. Vordrucke und Betriebsstoffe sind — soweit nicht anders angeordnet — vom Heimatbahnhof zu beziehen.

VII. Antritt, Wechsel und Beendigung des Dienstes, Gastfahrten

1. Beim Dienstantritt hat sich der Zugschaffner beim Zugführer, der Zugführer bei der Aufsicht und — wo angeordnet — auch beim Fahrmeister zu melden und von neuen Verfügungen usw. Kenntnis zu nehmen.

Ist das Zub nicht vollzählig oder dienstunfähig, hat der Zugführer dies der Aufsicht zu melden.

2. Bei Dienstwechsel am Zuge dürfen sich die Zugbegleiter erst entfernen, nachdem sie den Dienst ordnungsmäßig übergeben und das ablösende Personal über alles unterrichtet haben, was es für den weiteren Dienst wissen muß.
3. Über ihren nächsten Dienst haben sich die Zugbegleiter rechtzeitig zu unterrichten.
4. Fahrgastfahrten dürfen nur mit Ausweis (Anl. 57 PBV I) ausgeführt werden. Regelpersonale dürfen — abgesehen von Zugverspätungen — nur die im Dienstplan vorgeschriebenen Züge benutzen. Gastfahrer haben sich beim Zugführer zu melden. Dieser ist berechtigt, sie in Ausnahmefällen zu Dienstleistungen heranzuziehen.

VIII. Streckenkenntnis

1. Der Zugbegleiter erwirbt die Streckenkenntnis dadurch, daß er unter Leitung eines streckenkundigen Zugführers mindestens eine Belehrungsfahrt bei Tag und eine bei Nacht in jeder Richtung ausführt.
- Der Zugführer braucht keine Belehrungsfahrt zu machen, wenn er die Strecke vorher längere Zeit als Zugschaffner befahren hat. Der Zugbegleiter hat unaufgefordert zu melden, wenn er durch die vorgenannten Belehrungsfahrten keine ausreichende Kenntnis der Strecke erworben hat.

Im übrigen gilt § 40 FV.

2. Falls erforderlich, sind durch die Reichsbahnämter für bestimmte Strecken, auf deren Bahnhöfen die Zugbegleiter den Rangierdienst wahrnehmen, besondere Merkbücher aufzustellen, die einen genauen Hinweis auf die einschränkenden Bestimmungen im Rangierdienst gemäß Abschnitt 7 der Bahnhofsbücher enthalten.
3. Die Streckenkenntnis gilt — abgesehen von einfachen Verhältnissen — als verloren, wenn der Zugbegleiter eine Strecke länger als zwei Jahre nicht befahren hat, oder wenn in der Zwischenzeit wesentliche Änderungen an der Strecke vorgenommen worden sind.

IX. Dienstunterricht

Der Dienstunterricht ist die erste wissenschaftlich fundamentierte Unterrichtsform bei der Deutschen Reichsbahn. Der Dienstunterricht gehört zur Dienstzeit und ist eventuell durch Freizeit auszugleichen. Die Zugbegleiter haben die Pflicht, an dem von der vorgesetzten Dienststelle festgesetzten Dienstunterricht teilzunehmen.

Die Dienststellenleiter sind verpflichtet, den Dienstunterricht zeitlich so anzusetzen und so oft durchzuführen, daß es allen Zugbegleitern möglich ist, ihn regelmäßig zu besuchen.

X. Bahnpolizei

Bestimmungen über bahnpolizeiliche Befugnisse der Zugbegleiter werden nach endgültiger Regelung in die neue DA 023 aufgenommen. Bis auf weiteres gelten die bisherigen Bestimmungen.

XI. Mitnahme von Gegenständen auf die Fahrt

Die Zugbegleiter dürfen ihren Reisebedarf mit auf die Fahrt nehmen. Das Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Handels und sonstige gesetzliche Bestimmungen müssen unbedingt beachtet werden. Arzneimittel und ähnliches dürfen sie auch für andere Eisenbahner an Orten ohne Apotheke mitnehmen.

Die Mitnahme von nichtdienstlichen Briefen und Waren für andere ist verboten.

B IV-6 Bzub 390/52 v. 15.9.52

gez. Lange



MITTEILUNGSBLATT

DER DEUTSCHEN REICHSSBAHN

Berlin, den 2. Oktober 1952

Anlage C
zum
Mittellungsblatt
28/52

GdR A VI c

Anordnung zur Durchführung der Schulung aller Eisenbahner!

„Im jetzigen Stadium der Entwicklung erfordert die einfachste Arbeit bestimmte technische Kenntnisse, d. h., sogenannte ungelernete Arbeiter darf es bei uns nicht mehr geben.“

Das gilt in vollem Umfange auch für die Deutsche Reichsbahn, wie es der Generalsekretär der SED in seinem für unsere künftige Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik richtungsweisenden Referat auf der II. Parteikonferenz ausführte. Es kommt in der gegenwärtigen Situation darauf an, alle Eisenbahner auf das engste mit ihrem Betrieb und unserem Staat sowie mit der Verkehrsökonomie des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu verbinden.

Das Staatsbewußtsein unserer Eisenbahner muß durch die Aneignung eisenbahntechnischen Wissens erhöht, eine bewußte Disziplin durch das Studium der Disziplinarordnung entwickelt und die Wachsamkeit durch die Kenntnis der wichtigsten betrieblichen Gesetze und Vorschriften verschärft werden.

Es darf keine Eisenbahner mehr geben, die die Zusammenhänge ihres Betriebes nicht kennen, die die gesetzlichen und innerdienstlichen Bestimmungen über die sichere Durchführung des Eisenbahndienstes nicht studiert haben!

Jeder Eisenbahner muß sich bewußt sein, daß Leben und Gesundheit der Reisenden und der Eisenbahner selbst sowie die Erhaltung wertvollen Volksvermögens von der sicheren Führung des Betriebes abhängen.

Daher muß von allen Eisenbahnern im Zuge des Aufbaues des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik die Kenntnis der wichtigsten Betriebsvorschriften verlangt werden. **Jeder Eisenbahner**, ob Buchhalter, Planer, Güterbodenarbeiter oder Schlosser, ob Dienststellenleiter, Dezernent, Abteilungsleiter oder Werkdirektor, hat sein Wissen der wichtigsten Betriebsvorschriften zu festigen.

Ich ordne daher folgendes an:

1. Bis zum Ende des Jahres 1953 haben sich alle Eisenbahner, je nach ihrem Einsatz, entsprechende Kenntnisse
 - a) der Disziplinarordnung,
 - b) der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung,
 - c) des Signalebuches,
 - d) der Fahrdienstvorschriften zu erwerben.

Die Kenntnis dieser Bestimmungen ist für alle Eisenbahner Pflicht!

2. Alle Eisenbahner haben sich diese Bestimmungen in erster Linie in einem **intensiven Selbststudium** zu erarbeiten.
3. Zur wissenschaftlichen Untermauerung des Selbststudiums sind monatlich **zwei Stunden Seminar** durchzuführen. Die Teilnahme an diesen Seminaren ist für jeden Eisenbahner obligatorisch. Für die Beschäftigten des operativen Dienstes ist für die Seminare die Zeit des angeordneten Dienstunterrichtes zu verwenden.

Für alle übrigen Eisenbahner sind diese Seminare einzuführen.

4. Für die Seminare werden **einheitliche Schulungstage** für die einzelnen Fachgebiete wie folgt festgelegt:

Montag:	Baudienst
Dienstag:	Betriebsdienst
Mittwoch:	Verkehrsdienst
Donnerstag:	Betriebsmaschinendienst
Freitag:	Werkstättendienst
Sonabend:	Verwaltungsdienst

Jeweils die 1. Woche eines jeden Monats wird als **Schulungswoche** erklärt. Wo an dem betreffenden Schulungstag nicht alle Beschäftigten der Dienststelle erfaßt werden können, ist die Schulung an den gleichen Tagen der folgenden Wochen so oft durchzuführen, bis alle Eisenbahner an dieser teilgenommen haben.

5. Als **Seminarleiter** sind nur Eisenbahner einzusetzen, die die Fahrdienstleiterprüfung abgelegt haben oder entsprechende Fähigkeiten nachweisen können. Die Seminarleiter haben sich gründlich vorzubereiten und die Seminare durch Beispiele aus der Praxis zu beleben.
6. **Verantwortlich** für die Durchführung der Seminare sind:
 - a) für die Beschäftigten der Dienststellen der Dienststellenvorsteher,
 - b) für den gesamten Amtsbezirk und für die Beschäftigten des Rba der Amtsvorstand,
 - c) für den gesamten Rbd-Bezirk und für die Beschäftigten der Rbd der Präsident,
 - d) für die Beschäftigten der Raw der Werkdirektor,
 - e) für die gesamte Deutsche Reichsbahn und für die Beschäftigten der GdR der Stellvertreter des Generaldirektors für Organisation und Sicherheit.

Das Hauptreferat Schulung der GdR, die Schulungsinstrukteure, die Schulungssachbearbeiter in den Fachgruppen der Rbd und der GdR und die Schulungssachbearbeiter in den Rbä und Raw sind für die organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Seminare voll verantwortlich. Sie haben in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Verantwortlichen für die Auswahl der Seminarleiter zu sorgen.

Die Fachabteilungsleiter Betrieb und Dienststellenvorsteher stellen die entsprechenden Seminarleiter zur Verfügung.

7. Über jedes Seminar ist eine **Teilnehmerliste** und über die gesamte Schulung ein **Unterrichtsnachweis** zu führen, wie dies in den allgemeinen Richtlinien über die Durchführung des Dienstunterrichtes angeordnet ist.
8. Mit der **Schulung ist ab 1. 10. 1952 zu beginnen** und nach folgendem Schulungsplan zu verfahren:

1952 Oktober: Disziplinarordnung

November: BO §§ 1—26

Dezember: BO §§ 27—44

1953 Januar: Zwischenprüfung

Februar: BO §§ 45—73

März: SB Abschnitt A und B I—X

April: SB Abschnitt B XI—XV und C

Mai: FV 1. und 2. Abschnitt

Juni: FV 2. Abschnitt

Juli: FV 3. Abschnitt

August: FV 4. Abschnitt

September: FV 5. Abschnitt

Oktober: FV 6. Abschnitt

November: FV 7. Abschnitt

Dezember: Abschlußprüfung.

9. Jeder Eisenbahner hat sich zum Nachweis über die geforderten Kenntnisse einer **Zwischen- und Abschlußprüfung** zu unterziehen. Über den Erfolg ist ein Prüfungszeugnis für jeden einzelnen Teilnehmer auszustellen, das den Personalakten beizuheften ist.

Jeder Eisenbahner erhält außerdem eine Bescheinigung über die Teilnahme an den Seminaren und über seine Leistungen.

Die Teilnehmer der Prüfungskommission tragen für die ordnungsgemäße Überprüfung die volle Verantwortung und haben dies durch ihre Unterschrift auf den Prüfungsunterlagen zu bestätigen.

Als **Prüfungskommissionsmitglieder** sind nur Eisenbahner einzusetzen, die mindestens die A-Prüfung abgelegt haben. Die Überprüfung der Beschäftigten der Dienststellen III. und IV. Klasse und der Raw erfolgt durch Kommissionen, die vom zuständigen Amtsvorstand einzusetzen sind.

Die Überprüfung der leitenden Angestellten ist nach folgender Reihenfolge vorzunehmen:

Die Stellvertreter des Generaldirektors, Präsidenten, Hauptabteilungsleiter, Gruppen- und Abteilungsleiter der GdR. **Vorsitz** durch den Generaldirektor.

Die Gruppen- und Abteilungsleiter der Rbd und die Amtsvorstände. **Vorsitz** durch die Präsidenten.

Die Werkdirektoren. **Vorsitz** durch die Betriebsleiter der GdR.

Die Gruppen- und Abteilungsleiter in den Rbä und die Dienststellenvorsteher. **Vorsitz** durch die Amtsvorstände.

Die Überprüfung der übrigen Eisenbahner erfolgt unter Vorsitz des jeweiligen Dienstvorgesetzten.

Die Zwischenprüfung über das in den Monaten Oktober bis Dezember angeeignete und vermittelte Wissen erfolgt im Monat Januar.

Für die Bewertung der Kenntnisse werden folgende Urteile festgesetzt:

„sehr gut“ setzt vollendete Kenntnisse voraus, wird nur für ausgezeichnete Leistungen verliehen, entspricht = 1.

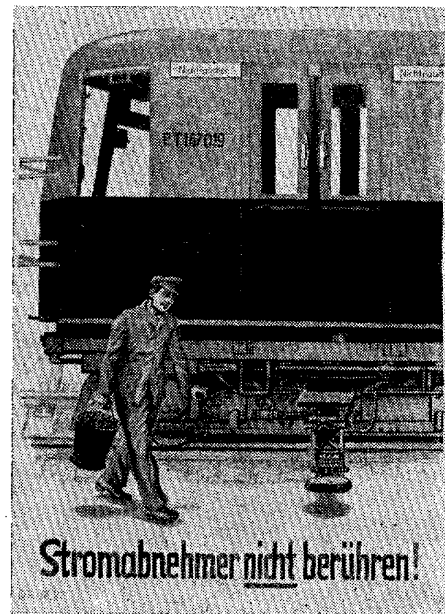
„gut“ bekundet gründliche Kenntnisse der vorgesehenen Bestimmungen, entspricht = 2.

„befriedigend“ setzt eine über die Grundlagen des Fachgebietes hinausgehende Kenntnis voraus, entspricht = 3.

„genügend“, ausreichende Kenntnisse der Grundlagen, entspricht = 4.

„ungenügend“, der Teilnehmer konnte grundsätzliche Fragen nicht beantworten, entspricht = 5.

Das Gesamturteil wird durch die Addition der Einzelzensuren und durch die Division der Anzahl der Zensuren ermittelt und in Worten ausgedrückt.



10. Die **Betriebssicherheitsinspektionen** kontrollieren laufend die ordnungsgemäße Durchführung dieser Anordnung und berichten auf dem Dienstweg über festgestellte Mängel.

11. Die **Meldung** über die Erfassung der Beschäftigten erfolgt nach den Richtlinien, die für den Dienstunterricht angeordnet sind.

12. Wenn ich die mangelhafte Durchführung dieser Schulung und Überprüfung feststelle, werde ich die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen und ihre **Bestrafung nach der Disziplinarordnung** einleiten.

Die Schulung aller Eisenbahner zur Erreichung eines hohen Staatsbewußtseins, die Erhöhung der Wachsamkeit und Sicherheit, die Erziehung zur Disziplin und zum bewußten Handeln im Eisenbahnbetrieb fordert von allen leitenden Eisenbahnern höchsten Einsatz und höchste Pflichterfüllung.

Eisenbahner! Lernt und schafft wie nie zuvor!

Seid bewußte Kämpfer eures Staates und fortschrittliche Erbauer des Sozialismus. Beweist durch Aneignung des erforderlichen Wissens, daß ihr euren Beruf liebt und unsere Eisenbahn mit allen Mitteln zu verteidigen bereit seid.

(Gd [A VI c]/30/52 v. 23. 9. 52/31 452)

gez. Kramer

(Für die Personalakten)

Dienststelle:

Zeugnis

Die
Der (Dienststellung)

.....
(Name, Vorname)

hat an der Schulung aller Eisenbahner über die Disziplinarordnung, BO, SO und FV teilgenommen und hat

a) in der Zwischenprüfung

..... Kenntnisse über die Disziplinarordnung,

..... Kenntnisse über die BO §§ 1—44

nachgewiesen;

b) in der Abschlußprüfung

..... Kenntnisse über die Disziplinarordnung,

..... Kenntnisse über die BO,

..... Kenntnisse über die SO,

..... Kenntnisse über die FV

nachgewiesen.

Die Gesamtkenntnisse werden mit beurteilt.

.....
(Prüfungskommission)

Zwischenprüfung

.....
(Prüfungskommission)

Abschlußprüfung

(Für den Teilnehmer)

Bescheinigung

Die
Der (Dienststellung) (Name)

hat an der Schulung aller Eisenbahner über die Disziplinarordnung, BO, SO und FV teilgenommen

und Kenntnisse nachgewiesen.

.....
(Prüfungskommission)

SECRET

SECRET

SECRET

25X1A

Mitteilungsblatt



THIS IS AN ENCLOSURE TO
DO NOT DETACH



Ruhm und Ehre

den Nationalpreisträgern und Helden
der Arbeit, den vorbildlichen Erbauern
des Sozialismus

Herausgeber: Deutsche Reichsbahn
Generaldirektion
Berlin W 8, Voßstraße 33

SECRET

AUS DEM INHALT:

	Seite
Dritter Jahrestag der Republik im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus	395
Die Sammlung im Lager des Fortschritts	397
Unser Weg zur kollektiven Aktivistendarbeit	397
Aufruf des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn zum Beginn des 2. Lehrabschnitts der Betriebsabendschulen der Gewerkschaften	398
Einsatz des ersten „Fahrbaren techn. Kabinetts“ der Deutschen Reichsbahn	398
Große Erfolge im sozialistischen Wettbewerb der Lok-Raw	399
Was ist erforderlich zur Winterfestmachung?	399
Persönliche Stellungnahme des Verdienten Eisenbahners Walter Petersohn, Rbd Halle, Hauptlokfürher, zur Disziplinarordnung der Deutschen Reichsbahn	400
Stellungnahme des Helden der Arbeit Karl Fritsche, Amtsvorstand des Rba Halle, zur Disziplinarordnung der Deutschen Reichsbahn	400
Stellungnahme des Kollegen Günther Netzd, Abt. Planung Rbd Halle, zum Artikel „Fahrt frei“ Nr. 39: „Jeder Eisenbahner wird ein qualifizierter Facharbeiter sein“	400
Persönliche Stellungnahme des Verdienten Eisenbahners und Verdienten Erfinders Emil Neumann, Raw Dessau, zur Frage „Jeder Eisenbahner ein qualifizierter Facharbeiter“ (Art. „Fahrt frei“ Nr. 39)	400
Persönliche Stellungnahme des Verdienten Eisenbahners Franz Lingner, Raw Dessau, zur Reise der Volkskammerdelegation nach Bonn zur Frage der Einheit Deutschlands	400
Verfügungen und Bekanntmachungen	401

Nr. 29 Berlin, 9. Okt. 1952 **Jahrg. III**

INHALTSVERZEICHNIS DER VERFUGUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN

zum Mitteilungsblatt Nr. 29 der Deutschen Reichsbahn

Zum Mitteilungsblatt Nr. 28 erschienen die Anlagen A, B und C

	Seite
Dritter Jahrestag der Republik im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus	395
Die Sammlung im Lager des Fortschritts	397
Unser Weg zur kollektiven Aktivistenarbeit	397
Aufruf des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn zum Beginn des 2. Lehrabschnitts der Betriebsabendschulen der Gewerkschaften	398
Einsatz des ersten „Fahrbaren techn. Kabinetts“ der Deutschen Reichsbahn	398
Große Erfolge im sozialistischen Wettbewerb der Lok-Raw	399
Was ist erforderlich zur Winterfestmachung?	399
Persönliche Stellungnahme des Verdienten Eisenbahners Walter Peter- sohn, Rbd Halle, Hauptlokführer, zur Disziplinarordnung der Deutschen Reichsbahn	400
Stellungnahme des Helden der Arbeit Karl Fritsche, Amtsvorstand des Rba Halle, zur Disziplinarordnung der Deutschen Reichsbahn	400
Stellungnahme des Kollegen Günther Netzold, Abt. Planung Rbd Halle, zum Artikel „Fahrt frei“ Nr. 39: „Jeder Eisenbahner wird ein qualifizierter Facharbeiter sein“	400
Persönliche Stellungnahme des Verdienten Eisenbahners und Verdienten Erfinders Emil Neumann, Raw Dessau, zur Frage „Jeder Eisenbahner ein qualifizierter Facharbeiter“ (Artikel „Fahrt frei“ Nr. 39)	400
Persönliche Stellungnahme des Verdienten Eisenbahners Franz Lingner, Raw Dessau, zur Reise der Volkskammerdelegation nach Bonn zur Frage der Einheit Deutschlands	400

Betrieb		Seite
Greifswald 182	Inbetriebnahme der Blockstelle Jeesser Inbetriebnahme der Blockstelle See- lütbe	401 401
Reiseverkehr		
Berlin	382 Schalterdrucker	401
Dresden	225 Verlust einer Fahrkartenlochanzeige	402
Halle	175 Schichtarbeiterrückfahrkarten	402
Sicherungs- und Fernmeldewesen		
GdR	997 Unterhaltung der Sicherungsanlagen	402
Gruppe Fahrzeuge		
GdR	998 Versorgung der Baustellen mit elek- trischem Strom	403
Hauptbuchhaltung		
GdR	999 Bezahlung von Überstunden in Rbd, Rb-Ämtern und nachgeordneten Ver- waltungen und Büros	403
	1000 Aktivierung von Gebühren für Vor- projektierungsarbeiten 1952	403
	1001 Frachtkosten für Investitionsmaterial	404
Planung		
Berlin	383 Führung und Kontrolle der Bautage- bücher	404
Finanzen		
GdR	1002 Ergänzende Anordnungen der GdR zur Verordnung über die Be- und Entladung von Eisenbahngüterwagen vom 20. 6. 52	404
Organisation		
GdR	1003 Anweisung über die Einführung ein- heitlicher Vordrucke bei der Ertei- lung von Dienstaufträgen gemäß An- ordnung des Ministeriums des Innern vom 4. 2. 52	404

		Seite
GdR	1004 Übernahme von Hypotheken durch die DIB	404
	1005 Tragen der Uniform	404
Berlin	384 Namensänderung des ehemaligen Bahnbetriebswagenwerkes Berlin- Potsdamer Gbf	405
Halle	176 Änderung einer Agenturbezeichnung	405
Kader		
GdR	1006	
	1007	
Berlin	385	
Erfurt	141	
Greifswald	184	
Halle	177	
	178	
	Verlust von Dienstaussweisen	405/406
Arbeit		
GdR	1008 Verordnung über die Entlohnung und Prämierung von Lehrausbildern, Lehrmeistern und Lehrobermeistern in volkseigenen und ihnen gleichge- stellten Betrieben	406
	1009 Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung zum Schutze der Arbeits- kraft	409
	1010 Fachbücher für den Eisenbahndienst	409
	1011 Unterrichtskabinette in Betriebsbe- rufsschulen	410
	1012 Lehrlingswohnheime	410
	1013 Unterrichtsfilme	410
	1014 Broschüre	410
Cottbus	112 Bahnärztlicher Dienst	410
Wirtschaftsbetriebe		
GdR	1015 Rahmen-Überlassungsvertrag mit der Zentralverwaltung der HO Lebens- mittel	410
	Wer hat? Wer braucht? 3. Umschlagseite	
	Jahrbuch des deutschen Eisenbahners 1953	3. Umschlagseite
	Hinweise	3. Umschlagseite

MITTEILUNGSBLATT**DER DEUTSCHEN REICHSBAHN**

Herausgeber: Deutsche Reichsbahn, GdR, Berlin W 8, Voßstr. 33 - Tel. 67 00 15, App. 31 219 und 31 904, nach Dienstscluß 25 036 - Chefredaktion: Hans Mikisch, Pressestelle

**Dritter Jahrestag der Republik
im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus**

Am 7. Oktober feierte das deutsche Volk das dreijährige Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik, den ersten Jahrestag nach der Verkündung des planmäßigen Aufbaues des Sozialismus auf der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Der Beginn des Aufbaues des Sozialismus ist eine historische Wende in der Geschichte des deutschen Volkes.

Dieser gewaltige neue Schritt in der Entwicklung unseres Staates wurde vor allem auf Grund der großen Erfolge, die seit dem Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik auf allen Gebieten der Wirtschaft erzielt wurden, möglich. So konnten durch die patriotische Initiative der Werktätigen die Pläne in fast allen Industriezweigen beträchtlich übererfüllt werden, und wir können schon heute mit Gewißheit sagen, daß die bis 1955 vorgesehene Verdoppelung der Industrie in einigen Gebieten der Wirtschaft bedeutend früher erreicht wird. Ein Zeugnis dafür ist der ungeahnt schnelle Aufbau solcher gewaltigen Werkanlagen wie das Eisenhüttenkombinat Ost, das aus sowjetischem Erz mittels polnischer Kohle Roheisen für unsere Industrie erzeugt, ferner die Inbetriebnahme des Hüttenkombinats West, in dem mit Braunkohlenkoks aus eisenarmen Erzen erstmalig in Niederschachtöfen wertvolles Roheisen gewonnen wird. Es entstanden die Großkokerei Lauchhammer, mehrere Zementwerke mit einem umfangreichen Produktionsvolumen, Talsperren und andere gewaltige Industrieanlagen in relativ kurzer Zeit. Darüber hinaus gelang es der gesamten Industrie, ihre Anlagen wieder auf- bzw. auszubauen, die Produktion durch zahlreiche Neu- und Weiterentwicklungen zu bereichern und die Qualität auf den alten Stand zu bringen bzw. diesen zu überschreiten. Auf dem Weltmarkt finden unsere Erzeugnisse immer größere Beachtung; die Leipziger Herbstmesse 1952 gab dafür einen eindeutigen Beweis. Die Auslandsabschlüsse, die dort getätigt wurden und die einen Umfang von etwa 500 Millionen DM haben, überschreiten alle nach 1945 zu verzeichnenden Messeergebnisse.

So reifen in den vergangenen Jahren die politischen und ökonomischen Bedingungen für den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in unserer Republik heran. Dies ist ein umstößlicher Beweis für die Richtigkeit der Politik unseres Staates unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, die die Werktätigen bereits mit dem Zweijahrplan zur Überwindung der schlimmsten Kriegsfolgen aufrief, die die Organisierung des Kampfes um die Erfüllung des Fünfjahrplanes übernahm und die Arbeiter zu immer größeren Heldentaten in der Produktion anspornte und somit die Voraussetzungen für die beschleunigte Durchführung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus schuf, das nach Stalins Worten in der Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft besteht.

Die Verkündung des Aufbaues des Sozialismus stellt jedoch zugleich höhere Anforderungen an unsere Staatsmacht, die auf wirtschaftlichem Gebiet vor allem darin bestehen, die wirtschaftlich-organisatorischen und kulturell-erzieherischen Funktionen unseres Staates, die besonders in den Wirtschaftsplänen ihren Ausdruck finden, weiterzuentwickeln. Unser Fünfjahrplan ist ein Kampfplan zum Aufbau des Sozialismus geworden. Es ist aus diesem Grunde notwendig, daß sich der Staatsapparat bei der Planung in Zukunft mehr als bisher auf die schöpferische Initiative der Werktätigen stützt. Hierzu sind durch die Neubildung der örtlichen Organe der Staatsmacht in den Bezirken und Kreisen die wesentlichen Voraussetzungen geschaffen worden. Es kommt jedoch darauf an, daß wir die neuen Möglichkeiten wahrnehmen, die Erfahrungen der Sowjetunion bei der Entfaltung der Produktivkräfte in Stadt und Land auswerten und die Werktätigen zur Mobilisierung örtlicher Reserven organisieren.

Vor unseren Wirtschaftsleitern steht die Aufgabe, neue Methoden zur Organisierung des Kampfes um die Durchführung des Planes zu finden und die bereits vorhandenen noch besser anzuwenden. Größere Sorgfalt ist auf die Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung zu legen, um die neuen Formen der Masseninitiative zu verwirklichen und damit die Rentabilität der Betriebe zu erhöhen. Dabei kommt es vor allem dar-

auf an, die Betriebspläne bis zum letzten Arbeitsplatz aufzugliedern und die persönliche Verantwortung für die Durchführung festzulegen. Erst durch die konsequente Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung ist die Einhaltung eines strengen Regimes der Sparsamkeit möglich.

Die großen Erfolge der vergangenen Jahre sind vor allem auf die schöpferische Initiative der Werktätigen zurückzuführen, die, gestützt auf das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, konsequent die 1948 von der SED herausgegebene Losung „Mehr und besser produzieren, um besser leben zu können“, befolgten und durch die breite Entfaltung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung täglich neue Erfolge erzielten. So halfen zum Beispiel die Stahl- und Walzwerker durch die erfolgreiche Durchführung des ersten sozialistischen Wettbewerbs im III. Quartal 1952, Engpässe in der Grobblechproduktion zu überwinden.

Es kommt nunmehr darauf an, diese patriotische Bewegung, die am 1. Oktober in vielen Produktionszweigen zum Durchbruch kam, zu unterstützen. Die verantwortlichen Funktionäre müssen klare Aufgabenstellungen ausarbeiten, die gegenseitige Hilfe organisieren, damit der Wettbewerb einen sozialistischen Charakter erhält und die neuen Produktionsverhältnisse widerspiegelt.

Ebenfalls sollten die neuen Arbeitsmethoden in der Produktion und Verwaltung systematischer als bisher eingeführt und angewendet werden. Auch hierbei legen die Industriearbeiter ein überwältigendes Zeugnis für ihre hohe Arbeitsmoral ab. Ein leuchtendes Beispiel dafür ist die Rationalisatorenbewegung. Leider erfährt diese nur ungenügende Unterstützung durch die Wirtschaftsverwaltungen. Die verantwortlichen Stellen sollten dem Vorbild nacheifern, das die Kammer der Technik mit der Entfaltung der Ingenieurkonten gab, die unserer Volkswirtschaft bereits gewaltige Einsparungen und Weiterentwicklungen auf technisch-organisatorischem Gebiet brachten.

Die neuen Methoden bei der Planung und Unterstützung des Staatsapparates durch alle Werktätigen bieten auch die Möglichkeit zur beschleunigten Durchführung der Hauptaufgaben des Fünfjahrplanes, deren wichtigste die Rekonstruktion der Industrie ist. Hier ist in Zukunft stärkere Aufmerksamkeit den Rekonstruktionsplänen zuzuwenden, die ja nicht nur eine Aufstellung von Investitionsprojekten sein dürfen, sondern in denen die Vorschläge der Arbeiter zur Überwindung der kapitalistischen Überreste in der Produktionstechnik, der Betriebsorganisation, im Aufbau der Betriebe überhaupt ihren Niederschlag finden müssen. Mit Hilfe der Rekonstruktionspläne sind die Überreste des Alten aus dem Wege zu räumen und damit die Voraussetzungen für eine solche Steigerung der Arbeitsproduktivität zu schaffen, die den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung auf allen Gebieten unseres Lebens ermöglicht.

Die Lösung einer so wichtigen Aufgabe wie die Rekonstruktion darf nicht allein unter ökonomischen Gesichtspunkten gesehen werden. Indem die Werktätigen ihre Betriebe entsprechend dem neuesten Stand der Technik umgestalten, leisten sie zugleich einen wesentlichen Beitrag zur Festigung unserer Staatsmacht. So wird zum Beispiel durch die Hilfe der Arbeiterklasse gegenüber den werktätigen Bauern bei der Bildung von Produktionsgenossenschaften das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft, eine der wichtigsten politischen Grundlagen unserer Staatsmacht, gefestigt.

Angesichts der sich ständig steigernden Erfolge versuchen die geschworenen Feinde des deutschen Volkes, durch die organisierte Sabotage des wirtschaftlichen Aufbaues uns die demokratischen Errungenschaften zu entreißen. Aufgabe unseres sozialistischen Staates ist es, diese Machenschaften zu verhindern und alle Voraussetzungen zum Schutze unserer Gesellschaftsordnung zu schaffen. Alle Werktätigen sollten diesen Kampf mehr als bisher unterstützen, indem sie immer fester und bewußter die nationale Verteidigung ihres Staates in die eigenen Hände nehmen.

Die Anstrengungen, die sich aus der Schaffung der ökonomischen Grundlage des Sozialismus in unserer Republik ergeben, sind groß. Wir finden jedoch bei ihrer Verwirklichung die Hilfe und Unterstützung aller friedliebenden Menschen, vor allem des sowjetischen Volkes. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik blicken mit Zuversicht auf die Ereignisse in den befreundeten Staaten, sie erfahren vor allem vom XIX. Parteitag der KPdSU (B) neue starke Impulse zur Beschleunigung des Tempos unserer gesellschaftlichen Entwicklung.

Wir feiern daher den dritten Jahrestag des Bestehens unserer Staatsmacht in dem Bewußtsein, daß wir entsprechend den Weisungen Stalins eine Wende in der europäischen Geschichte vollzogen haben. Wir feiern den Tag der Republik in dem Bewußtsein, daß jeder unserer Produktionserfolge zugleich ein Schritt weiter zur Erreichung der Einheit Deutschlands ist. Die Werktätigen Westdeutschlands erkennen immer mehr, wo ihre Zukunft liegt und werden zu ständig größerer Aktivität im Friedenskampf angeregt. Ihre Macht, ihr Wille, das deutsche Gespräch in die Wege zu leiten, hat selbst die Bonner Regierung gezwungen, eine Delegation aus der DDR zu empfangen und die Verhandlungen aufzunehmen.

Der dritte Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik steht darum im Zeichen der stolzen Erfolge unserer Werktätigen beim Aufbau eines sozialistischen Staates und im Zeichen der Begeisterung für das Neue, das sich in der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Aufbau des Sozialismus anbahnt.

(Entnommen: „Die Wirtschaft“ Nr. 40 vom 3. Oktober 1952)

Die Sammlung im Lager des Fortschritts

Von Monat zu Monat breitet sich die Bewegung zur Einheit und für den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland aus. Immer größer wird die Zahl der Patrioten, die sich auch in Westdeutschland im Lager des Fortschritts sammeln und die bereit sind, im Interesse der Einheit Deutschlands zu handeln.

Von Monat zu Monat wird aber auch die Feindschaft aller Reaktionäre gegen diese Bewegung hinterhältiger und brutaler. Bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich kompromißlos für Einheit und Frieden einsetzen, werden nicht nur diffamiert und politisch und gesellschaftlich kaltgestellt, man geht auch dazu über, sie physisch zu vernichten. Spionage- und Sabotageagenturen aller Art werden unter den verschiedensten Namen aufgebaut und rücksichtslos eingesetzt. Die in der letzten Zeit in der Deutschen Demokratischen Republik durchgeführten Schädlingsprozesse lassen über die Absichten der USA und ihrer westdeutschen Trabanten keinerlei Zweifel. Es handelt sich um Maßnahmen zur Vorbereitung eines neuen Krieges.

Für Friedensvertrag, gegen Generalvertrag — das Trennende beiseite

Die Konferenz „Deutsche Sammlung“ in Dortmund, eine Zusammenkunft von Vertretern aller westdeutschen Ausschüsse für Frieden und Einheit, hat am 29. Juni einen Aufruf an die Bevölkerung Westdeutschlands veröffentlicht. Dieser Aufruf, der 150 Unterschriften trägt, zeigt die ganze Tiefe und den Umfang, den die westdeutsche Bewegung gegen die Politik Adenauers und der Westmächte bereits angenommen hat. Von Dr. Joseph Wirth, Reichskanzler a. D., über bekannte Politiker, ehemalige hohe Offiziere, Universitätsprofessoren, Pfarrer, Schriftsteller, Abgeordnete, Betriebsratsvorsitzende, Arbeiterfunktionäre bis zu Studenten und Beamten ist alles in dieser Sammlungsbewegung vertreten, was ehrlich und deutsch in der Bonner Bundesrepublik denkt und zu handeln bereit ist. „Wir Frauen, Männer und Jugendliche aus allen Parteien, Weltanschauungen, Berufen und sozialen Schichten“, so heißt es in dem Aufruf, „haben uns entschlossen, das Trennende zu überwinden. Wir rufen die Bevölkerung Westdeutschlands auf, unserem Beispiel der Sammlung zu folgen und eine Entscheidung des Volkes herbeizuführen — für einen gerechten Friedensvertrag mit Deutschland und gegen den Generalvertrag.“

Sabotage- und Schädlingstätigkeit in der DDR

„Das deutsche Volk steht gegenwärtig vor der ernstesten Situation seiner Geschichte: es geht darum, die Einheit unseres Vaterlandes wiederherzustellen und der Welt den Frieden zu erhalten.“ Das sagte Dr. Melsheimer, der Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik, in seiner Anklagerede gegen die Burianek-Bande. Diese beiden Zitate drücken genau das gleiche aus. Das Ziel ist dasselbe, die Aufgaben sind verschieden. Während es in Westdeutschland wesentlich darauf ankommt, alle Patrioten gegen die Kriegspolitik Adenauers zu einen, ist es in der Deutschen Demokratischen Republik notwendig, den demokratischen Aufbau zu schützen und die Agenten auszuschalten, die Adenauer und seine Hintermänner zur Vorbereitung ihres Krieges gegen den Osten ins Land geschickt haben. Die verschiedenen Prozesse der letzten Zeit gegen Banden und Agenten haben den wahren Zweck solcher Organisationen wie der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, des „Ausschusses freier Juristen“ und anderer sehr deutlich gemacht. Sie unterstehen dem amerikanischen Geheimdienst (CIC), sie werden von ihm finanziert und nehmen Aufträge von ihm entgegen. Es sind Agenturen einer feindlichen Macht gegen Deutschland und das deutsche Volk.

Aufbau des Sozialismus in der DDR

Dem historischen Beschluß der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Aufbau des Sozialismus in der DDR folgten sehr schnell entsprechende Gesetze. Das „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik“ ersetzte die alte Einteilung nach Ländern durch eine Einteilung nach Bezirken. Auch die Kreise wurden neu festgelegt. Die Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften wurde durch einen Ministerratsbeschluß gefördert, der besondere Vergünstigungen für die Genossenschaften und ihre Mitglieder vorsieht.

(Auszüge aus „Dokumentation der Zeit“, Nr. 32)

Unser Weg zur kollektiven Aktivistenarbeit

Wie im „Martin-Hoop“-Schacht IV die zurückgebliebenen Kollegen an die Leistungen der fortgeschrittenen herangeführt werden:

Anläßlich der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands machten die Kumpel des Zwickauer Steinkohlenreviers von sich reden. Sie überbrachten den Delegierten dieser Konferenz ein besonderes Geschenk: den von ihnen aufgestellten sogenannten Zwickauer Plan. Die in diesem Kampfplan enthaltenen Aufgaben — die umfassender und größer sind, als

es jemals alle bisher von ihnen freiwillig übernommenen waren — sind sämtlich darauf gerichtet, alle im Kreis Zwickau vorhandenen Reserven auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus zu mobilisieren. Gerade jetzt, wo sich die Arbeiterklasse und alle übrigen Werktätigen in unserer Republik anschicken, ihre ganze Kraft und Fähigkeiten dem sozialistischen Aufbau zur Verfügung zu stellen, gewinnt der Plan der Zwickauer-Oelsnitzer Kumpel eine hervorragende Bedeutung. Mit

ihm wird allen anderen Kreisen in unserer Republik der Weg gewiesen, wie sie sich die für sie zutreffenden Aufgaben, und zwar entsprechend ihrer Struktur, stellen müssen. Besonderen Wert haben sie darauf zu legen, daß alle vorhandenen Möglichkeiten zum Erfüllen des Fünfjahrplans — die Initiative und schöpferische Kraft der Werktätigen, alle örtlichen Reserven usw. — ausgeschöpft werden.

Seinen Plananteil muß jeder kennen

Einer der Initiatoren des Zwickauer Plans ist der Häuer Franz Franik, dessen Name seit einigen Wochen in aller Munde ist. Seinem Betrieb, dem „Karl-Marx“-Werk in Zwickau, erwachsen aus dem Kampfplan große Aufgaben. Kollege Franik sagte ganz richtig: „Wenn ich meinen Plan kenne, dann weiß ich auch, was ich zu tun habe.“ Er forderte deshalb von der Werkleitung, den Betriebsplan bis hinunter zu den Arbeitsbrigaden und sogar bis auf den einzelnen Mann aufzuschlüsseln. Seine Forderung wurde erfüllt. Die Kumpel arbeiten heute nach einem Brigadevertrag, der zwischen der Werkleitung und der einzelnen Brigade abgeschlossen wird. Er enthält als Verpflichtung der Brigademitglieder u. a. folgende Punkte:

1. den Plan zu erfüllen,
2. die Selbstkosten in der vorgesehenen Höhe zu senken,

3. sich ständig fachlich und gesellschaftlich weiterzubilden.

Die Werkleitung dagegen verpflichtet sich, alle Voraussetzungen zu schaffen, damit die Kumpel die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen können.

Ziel: kollektive Aktivistenarbeit

Was ist nun das Hervorstechendste am Kampfplan der Zwickauer Kumpel? Es ist der bei den Kumpeln vorhandene Wille, die Arbeitsproduktivität im höchstmöglichen Maße zu steigern und dabei gleichzeitig die Selbstkosten zu senken. Aber den Plan zu erfüllen und übererfüllen — das ist eine Aufgabe, die von den Menschen, von unseren Werktätigen gelöst wird. Ausschlaggebend dabei ist der sozialistische Wettbewerb, in dessen Verlauf viele neue, fortschrittliche Arbeitsmethoden geboren werden, und daß sein tiefster Wesenszug, die kameradschaftliche Hilfe der besten für die in ihren Leistungen schwächeren Kollegen, sich immer stärker durchsetzt. Die Hilfe für die Zurückgebliebenen spielt bei der Franik-Bewegung eine besonders wichtige Rolle; und aus diesem Grunde sehen die Brigadiere ihre hauptsächlichste Aufgabe darin, alles für die fachliche Qualifikation der ihnen anvertrauten Kumpel zu tun.

(Auszug aus dem „Gewerkschaftsaktiv“, Nr. 5)

Aufruf des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn zum Beginn des 2. Lehrabschnitts der Betriebsabendschulen der Gewerkschaften

EisenbahnerInnen und Eisenbahner!

Am 1. 10. 52 beginnen in der Deutschen Demokratischen Republik in allen Betrieben die Betriebsabendschulen der Gewerkschaften mit dem 2. Lehrabschnitt. Sie beginnen in einer Zeit, in der sich auf allen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens eine ungeheure Wandlung sowohl in der Bewußtseinsbildung unserer Menschen als auch in der Einstellung zur Arbeit vollzieht. Der Beschluß der II. Parteikonferenz, in der Deutschen Demokratischen Republik den Sozialismus planmäßig aufzubauen, hat allen Menschen in unserer Republik neuen Auftrieb und eine große Begeisterung zu neuen Taten und fortschrittlichen Leistungen gegeben. Intensiver und aktiver denn je arbeiten unsere Werktätigen für die Erfüllung und Übererfüllung unserer Pläne und schaffen so die Voraussetzungen zu einem schöneren und neuen sozialistischen Leben.

Die gesellschaftlichen Grundlagen des Sozialismus wurden von den hervorragenden Philosophen Marx, Engels, Lenin und Stalin auf Grund der historischen Erfahrungen entwickelt. Sie sind die Lehrmeister unseres großen Aufbaues. Sie sind die Vorkämpfer für die Schaffung eines besseren Lebens, eines Lebens ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Gründer einer Gesellschaftsordnung, die gleiches Recht für alle Menschen auf der Erde fordert und praktisch verwirklicht.

Der Aufbau des Sozialismus erfordert nicht nur große Leistungen in der Produktion und Anstrengungen beim

Aufbau des Staates und der Wirtschaft, sondern fordert von allen deutschen Menschen, mehr zu wissen und sich größere Kenntnisse anzueignen.

Die Betriebsabendschulen der Gewerkschaften, die Schulen der Demokratie und des Sozialismus sind, geben allen Schaffenden die Möglichkeit, sich die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin anzueignen. Die Themenfolge der Betriebsabendschulen ist auf die großen Aufgaben des Aufbaues des Sozialismus abgestimmt und vermittelt allen Eisenbahnern das nötige Wissen, um sie zu meistern. Ich erwarte von den Präsidenten der Reichsbahndirektionen, von den Werkdirektoren der Reichsbahnausbesserungswerke, von den Amtsvorständen der Reichsbahnämter, von den Dienststellenleitern und allen anderen leitenden Funktionären, daß sie die Durchführung der Betriebsabendschulen weitestgehend unterstützen und den Kollegen die Möglichkeit geben, an den Betriebsabendschulen teilzunehmen. Ich appelliere an alle Eisenbahner der Deutschen Demokratischen Republik:

beteiligt euch an den Betriebsabendschulen der Gewerkschaften, studiert die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, lernt die Wissenschaft meistern, damit bei unserer Eisenbahn der Sozialismus verwirklicht wird.

Daher im Sinne des ersten Themas der Betriebsabendschule

vorwärts zum Sozialismus!

Einsatz des ersten „Fahrbaren techn. Kabinetts“ der Deutschen Reichsbahn

Das im Januar dieses Jahres im Raw Greifswald erbaute erste „Fahrbare techn. Kabinett“ der Deutschen Reichsbahn, das in erster Linie der Popularisierung des Vorschlagwesens dient, wurde, nachdem dieser umgebaute D-Zug-Wagen im Februar dieses Jahres erstmalig anlässlich der Eisenbahner-Verkehrskonferenz in Leipzig der Öffentlichkeit zur Besichtigung freigegeben wurde, seiner Bestimmung übergeben. Der Wagen wurde ausgestattet mit Verbesserungsvorschlägen in Schrift, Bild und zum Teil mit Musterstücken und Modellen aus allen Fachgebieten der Deutschen Reichsbahn. Die in letzter Zeit eingeführten und für die Zukunft vorgesehenen Neuerer-Methoden wurden ebenfalls in Schrift und auf Skizzen und Zeichnungen dargestellt und auf Wandflächen im Wagen untergebracht.

Nach einem Umlaufplan durchlief dieses fahrbare techn. Kabinett alle — auch die abgelegensten Orte — des Reichsbahndirektionsbezirkes Greifswald. Eisenbahner aller Fachsparten hatten Gelegenheit, sich alle neuen eingereichten und angewandten Vorschläge anzusehen. Viele dieser nutzbringenden Verbesserungen konnten auf diese Weise schnellstens bei Dienststellen des Rbd-Bezirkes eingeführt werden.

Der Wagen kehrte nach etwa zwei Monaten zur Heimatdienststelle zurück und wurde umgestaltet für Vorschläge der Bautechnik und der Bahnunterhaltung.

Hier hatten Eisenbahnerkollegen der Bahnunterhaltung — auch auf abgelegensten Baustellen — Gelegenheit zur Besichtigung der neuesten Verbesserungsvorschläge.

Rege Diskussionen wurden in Anwesenheit der techn. Intelligenz durchgeführt.

In einem im Wagen vorhandenen Tagebuch wurden alle wichtigen Punkte der Diskussionen festgehalten, so daß eine Auswertung dieser erfolgreichen und oft zu neuen Anregungen führenden Aussprachen nach Rückkehr dieses Wagens möglich war.

Ein weiterer Umlaufplan für diesen Wagen sah vor, den Wagen den Ortschaften zuzuführen, in denen Bahnbetriebswerke vorhanden sind. Der Wagen wurde zu diesem Zweck mit Vorschlägen aus der Maschinenteknik ausgestattet. Neben Besichtigungen hielten Kollegen der technischen Intelligenz Referate über ihre Fachgebiete und über Neuerer-Methoden. Die Besucherzahl war bei diesen Veranstaltungen immer besonders hoch. In den Orten, in denen Schiffswerften vorhanden sind, wurde dieses fahrbare techn. Kabinett von allen Werk-tätigen der Werften rege besucht. Eintragungen in den Tagebüchern und in dem Kritikbuch bringen wieder-

holt zum Ausdruck, daß dieses fahrbare techn. Kabinett das Mittel ist, um Verbesserungen und Neuerungen schnellstens auf unbürokratischem Wege bekannt werden zu lassen. Dank und Anerkennung wurde immer wieder den Kollegen der Rbd Greifswald ausgesprochen, die sich besonders um den Ausbau und die Ausgestaltung dieses Wagens bemühten und auch weiterhin bemühen.

Das „Fahrbare techn. Kabinett“ der Deutschen Reichsbahn fand auch auf dem Messegelände der diesjährigen Herbstmesse in Leipzig Aufstellung. Neben der Halle der Rationalisatoren und Erfinder war der Wagen so aufgestellt, daß jeder Besucher dieser so bedeutenden Ausstellungshalle Gelegenheit hatte, den Wagen zu besichtigen. Auch die ausländischen Besucher der Messe, die diesen Wagen besichtigten, werden davon überzeugt sein, daß das „Fahrbare techn. Kabinett“ der Reichsbahndirektion Greifswald dem Zweck dient, mitzu-helfen, den Fünfjahrplan vorfristig zu erfüllen.

gez.: Hille

Große Erfolge im sozialistischen Wettbewerb der Lok-Raw

Am 50. Wettbewerbstag überschritten erstmalig 10 von 12 am Wettbewerb beteiligten Werken das Tagessoll. Wiederholt wurden die großen Leistungen, die in den am sozialistischen Wettbewerb beteiligten Raw erzielt worden sind, herausgestellt und die in den Werken entwickelte Initiative und kämpferische Auseinandersetzung mit den Planaufgaben gewürdigt. Immer deutlicher zeichnen sich nunmehr die Erfolge dieses Wettbewerbs ab, die treffend beleuchtet werden durch die Feststellung der Tatsache, daß

am 10. Wettbewerbstag 3 Werke über dem Plansoll lagen,

" 20.	"	4	"	
" 30.	"	6	"	
" 40.	"	6	"	und nun endlich
" 50.	"	10	"	und
" 51.	"	alle	"	

Diese Leistungen waren möglich durch immer stärkere Einführung von Neuerer-Methoden in unseren Lok-Raw, durch tiefeschürfende Ausschöpfung innerer Reserven und durch Ausschöpfung der vorhandenen Ausbesserungskapazitäten in unseren Werken.

Bildet Friedenskomitees!

Im Raw „Einheit“ Leipzig z. B. verpflichteten sich 16 Brigaden, der Franik-Bewegung beizutreten, und es gingen diese Brigaden mit der Werkleitung Brigadeverträge ein, die die vorfristige Erfüllung der Planaufgaben beinhalten.

Was ist erforderlich zur Winterfestmachung?

A. Betriebsdienst

Wie in den Vorjahren ist zur Sicherstellung der rechtzeitigen Vorbereitung sofort festzustellen, auf welchen Verschiebe- und Zugbildungsbahnhöfen

1. a) die Ablaufberge für den Winter vorbereitet werden müssen und ob alle Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Betriebsabwicklung eingeleitet sind,
- b) andere Arbeiten im Bahnhof noch erforderlich und auszuführen sind und welche Maßnahmen zur Beseitigung der noch vorhandenen Mängel ergriffen wurden,
- c) die Schlackenbeseitigung regelmäßig durchgeführt wird oder in welcher Weise die Freimachung der erforderlichen Kräfte oder ggf. der freiwillige Einsatz aufbauwilliger Kräfte (Selbstverpflichtung in BKV) vorgesehen ist bzw. wie sonst die Schlackenbeseitigung geregelt wird,
- d) die X-Wagengestellung zum Abtransport der Schlacke sichergestellt und ob die notwendigen Absprachen mit dem Wagendienst getroffen wurden und welches Ergebnis dabei erzielt wurde,
2. zur Wiederherstellung der normalen Beleuchtung eine Verbesserung an den Ablaufbergen, Zugbildungsgruppen, Be- und Entladestellen, an Weichen und Signalen notwendig ist und in welchem Umfange, warum Normalbeleuchtung nicht erreicht wurde bzw. welche Beleuchtungseinrichtungen fehlen (Leuchten, Glühlampen nach Wattstärke),
3. Bedarf an Weichen- und Signallaternen besteht und ob außer Betrieb gesetzte Signale wieder in Betrieb genommen werden müssen und welche Schritte zur vollen Deckung des Bedarfs unternommen wurden,

4. Mangel an Personal, besonders Rangier- und Zugbegleitpersonal, besteht und welche Maßnahmen zur Sollbesetzung getroffen werden bzw. welche Personalumbesetzungen erforderlich sind (wo und wieviel Rangierer fehlen),

5. a) die vorhandenen Werkzeuge und Geräte instand zu setzen bzw. zu ersetzen sind,
- b) der für jeden Bahnhof erforderliche Vorrat für den Winterbedarf an Werkzeugen, Geräten zum Erwärmen, Material zum Auftauen der Weichen, Propangas, Briketts, Sand, Besen, Schaufeln, Hacken, Brecheisen usw. in ordnungsmäßiger Qualität geschaffen und an leicht erreichbarer Stelle unter Verschluss bereitgehalten werden,
- c) Hemmschuhbänke und Hemmschuhhöfen fehlen und bis zu welchem Zeitpunkt die noch fehlenden Geräte ersetzt werden können (behelfsmäßige Herichtung),
- d) die erforderlichen Schutzkleidungsstücke vorhanden sind, mit denen die im Außendienst Beschäftigten (Zugbegleitpersonal, Rangierer, Handweichensteller usw.) vordringlich auszustatten sind,
- e) die Aufstellung der Einsatz- und Organisationspläne für besondere Katastrophenfälle noch in die Wege geleitet werden müssen,
- f) die Übermittlung der Wettermeldungen überall zweckerfüllend organisiert ist;

zu 5 a) bis c) ist über die Maßnahmen zu berichten, die zur Erfüllung der gestellten Forderungen getroffen wurden,

6. die vorhandenen Schneeräumer einsatzbereit, das Bedienungspersonal ausreichend unterwiesen ist und Probefahrten ordnungsgemäß durchgeführt werden.

Persönliche Stellungnahme des Verdienten Eisenbahners Walter Petersohn, Rbd Halle, Hauptlokkführer, zur Disziplinarordnung der Deutschen Reichsbahn

Jede Gesellschaftsordnung hat ihre eigene, ihrem Charakter entsprechende Arbeitsdisziplin. Die jeweils bestehende Produktionsweise bestimmt den Charakter der Arbeitsdisziplin. Das Staatsbewußtsein unserer Eisenbahner und ihre neue Einstellung zur Arbeit waren entscheidend für die Herausgabe einer neuen Disziplinarordnung der Deutschen Reichsbahn, wurde sie doch von breiten Kreisen der Eisenbahner selbst gefordert. In der sozialistischen Gesellschaft beruht die Arbeitsdisziplin auf völlig neuen Grundsätzen. Die Grundlagen der Arbeitsdisziplin bilden die Produktionsverhältnisse, d. h. das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Diese Tatsache muß uns Eisenbahner be-

fließigen, mit unserem gesellschaftlichen Eigentum hauszuhalten. Ein Erfolg des Sozialismus ist undenkbar ohne den Sieg der proletarischen, bewußten Diszipliniertheit über die spontane kleinbürgerliche Anarchie. Diese Worte Lenins weisen uns den Weg für unsere künftige Arbeit. Nach diesem Leitsatz wollen wir mit unserer neuen Disziplinarordnung arbeiten. Sie ist eine Hilfe für alle Kollegen, welche durch bewußte Disziplin und persönliche Verantwortung mithelfen, unseren Betrieb, die Reichsbahn, zu einem starken Faktor in der Erfüllung der Wirtschaftspläne zu machen. Sie wird uns auf dem Weg zum Sozialismus einen weiteren Schritt vorwärtsbringen.

Stellungnahme des Helden der Arbeit Karl Fritsche, Amtsvorstand des Rba Halle, zur Disziplinarordnung der Deutschen Reichsbahn

Das Erscheinen der Disziplinarordnung der Deutschen Reichsbahn wurde zum großen Teil von den Kollegen im gesamten Rba-Bezirk Halle dahingehend begrüßt, daß es nicht etwa eine Handhabe gewisser Schichten ist, sondern daß die Disziplinarordnung von Werktätigen für Werktätige geschaffen ist. In allen Fragen — Grupp, pflicht, Uniform, Disziplinarstrafen und Wachsamkeit — erkennen wir Eisenbahner Dinge, die verbunden mit

der politischen Arbeit allen Kolleginnen und Kollegen zum Vorteil gereichen, die gewillt sind, ehrlich und gewissenhaft die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen. Wir sehen in unserer Uniform ein Ehrenkleid unseres Berufes im größten volkseigenen Betrieb der DDR und sind zugleich als Uniformierte eine disziplinierte Einheit, die Repräsentanten unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Stellungnahme des Kollegen Günther Netzd, Abt. Planung Rbd Halle, zum Artikel „Fahrt frei“ Nr. 39: „Jeder Eisenbahner wird ein qualifizierter Facharbeiter sein“

Der Aufbau des Sozialismus in der DDR erfordert Menschen, die nicht nur auf einem Spezialgebiet Meister ihres Faches sind, sondern Menschen, die ein umfangreiches Wissen besitzen und die Arbeiten in ihrem Betrieb kennen. Für uns Eisenbahner bedeutet dies, daß wir die wichtigsten Gesetze und innerbetrieblichen Vorschriften kennen müssen und auch danach handeln, ganz gleich, ob wir unmittelbar zum Betriebsdienst

gehören oder auf einem anderen Arbeitsgebiet unseren Dienst verrichten. Durch das hohe Wissen und das bessere Erkennen der Zusammenhänge im Betriebsgeschehen — das wir uns durch ein ernsthaftes Studium aneignen — werden wir befähigt, größere Leistungen zu erzielen und die umfangreichen Transportaufgaben, die der Deutschen Reichsbahn im Fünfjahrplan gestellt sind, schneller und besser zu erfüllen.

Persönliche Stellungnahme des Verdienten Eisenbahners und Verdienten Erfinders Emil Neumann, Raw Dessau, zur Frage „Jeder Eisenbahner ein qualifizierter Facharbeiter“ (Artikel „Fahrt frei“ Nr. 39)

Gerade der Eisenbahnbetrieb in seiner Vielseitigkeit erfordert die genaue Kenntnis aller Einzelheiten und Zusammenhänge. Die Aneignung dieser Kenntnisse muß eine Selbstverständlichkeit für jeden Eisenbahner sein, denn wir müssen das in uns gesetzte Vertrauen aller Verkehrsteilnehmer rechtfertigen und für eine sichere und pünktliche Beförderung aller Personen und Güter Sorge tragen. Die Schulung soll unser demokratisches Staatsbewußtsein heben und die Kenntnis der Bestimmungen über die sichere Durchführung des Eisenbahndienstes sowie die technischen und betrieblichen Zusammenhänge vertiefen. Durch die Vertiefung des Wissens der betrieblichen Vorschriften helfen wir im Verkehrswesen beim Aufbau des Sozialismus und be-

schleunigen diesen damit. Durch diese Schulung kann sich jeder Eisenbahner qualifizieren und wird zur Verbesserung aller Vorgänge im Eisenbahnbetrieb beitragen. Allen Altersklassen ist somit die Möglichkeit gegeben, ihr Allgemeinwissen zu vertiefen und zur Verbesserung ihrer Lebenslage und der des ganzen Volkes beizutragen. Ich spreche besonders die Jugend an, die geschlossen und freudig an der Schulung teilnimmt und sehe darin eine Voraussetzung zur Lösung der Kaderfrage. Zusammenfassend möchte ich sagen, daß es Aufgabe aller Eisenbahner ist, pünktlich und diszipliniert den Eisenbahndienst zu versehen — besonders in Verbindung mit der Wachsamkeit, denn diese ist entscheidend für die Erfüllung des Fünfjahrplans.

Persönliche Stellungnahme des Verdienten Eisenbahners Franz Lingner, Raw Dessau, zur Reise der Volkskammerdelegation nach Bonn zur Frage der Einheit Deutschlands

Das geführte gesamtdeutsche Gespräch zwischen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und dem Präsidenten des Bonner Bundestages, Dr. Ehlers, ist mit einer Lawine zu vergleichen, die durch das erste gemeinsame Gespräch ins Rollen geraten ist und am Ende ihres Laufes den Generalkriegsvertrag unter sich begraben wird. Ich bin der festen Überzeugung, daß durch diese erste Aussprache der Grundstein für eine gesamtdeutsche Verständigung zum Aufbau

eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschlands gelegt worden ist. Ob Arbeiter, Geistliche, Kaufleute, Industrielle, Angehörige der intellektuellen Berufe; alle sehen, daß dies der Weg zu einer Verständigung ist. Sie wissen jetzt, daß sie nur zwischen Generalkriegsvertrag und Friedensvertrag zu wählen haben. Sie wissen ferner, daß es um die entscheidendste Frage der Nation geht, daß es nur durch eine gemeinsame Aussprache zu der Wiedervereinigung unseres

Vaterlandes kommen kann. Die letzte Note der Sowjetunion hat wieder einmal das Tor zu einer friedlichen Regelung der deutschen Frage geöffnet, die nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt betrifft. Nicht die westdeutsche Bevölkerung hat dies abgelehnt, sondern die USA mit ihren Trabanten. Die Bevölkerung beweist durch zahlreiche Protestkundgebungen ihre Ablehnung des Generalkriegsvertrages und Zustimmung zu gemeinsamen Verhandlungen. Es liegt jetzt an allen friedliebenden Deutschen in Ost und West, tatkräftig mit-

zuhelfen, eine Einigung zu erzielen, um in einer von der Sowjetunion vorgeschlagenen Vierer-Konferenz die deutschen Interessen zu vertreten, um über den Abschluß eines Friedensvertrages zu verhandeln, die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Tagesordnung zu stellen. Der gemeinsame Schritt zur Rettung des deutschen Volkes ist getan, der Schritt zu einem einheitlichen, friedliebenden Deutschland. Wer dagegen ist, ist kein Deutscher mehr.

VERFUGUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN

Betrieb

Greifswald 182

Betr.: Inbetriebnahme der Blockstelle Jeesser

Am 22. 9. 52 wurde an der Strecke Rüdnitz—Angermünde—Stralsund die in km 220,460 liegende Blockstelle Jeesser in Betrieb genommen.

Standort der Signale:

Für Züge in Richtung Stralsund: Blocksignal A
in km 220,480
Vorsignal Va in km 219,768

Für Züge in Richtung Angermünde: Blocksignal B
in km 220,197
Vorsignal Vb in km 220,920

(B II/III — 2 v. 22. 9. 52 / 315) gez.: Schmidt

Greifswald 183

Betr.: Inbetriebnahme der Blockstelle Seelübbe

Am 24. 9. 52 ist die an der Strecke Rüdnitz—Angermünde—Stralsund in km 103,420 liegende Blockstelle Seelübbe in Betrieb genommen worden.

Standort der Signale:

Für Züge Richtung Stralsund: Vorsignal VA
in km 102,611
Blocksignal A in km 103,311

Für Züge Richtung Angermünde: Vorsignal Vb
in km 104,251
Blocksignal B in km 103,551

(B II/III — 2 Baos v. 24. 9. 52 / 315) gez.: i. V. Werner

Reiseverkehr

Betr.: Schalterdrucker

Berlin 382

Bei den Fahrkartenausgaben der Reichsbahndirektion herrscht Unklarheit über den Einsatz, die Wartung, die Instandhaltung der Schalterdrucker, die Beseitigung der eintretenden Störungen und die Beschaffung von Schalterdruckern und Druckplatten.

Einsatz

Der Einsatz der dem Reichsbahnamt zugewiesenen Schalterdrucker ist Angelegenheit des Amtes. Auf nutzbringenden Einsatz ist Wert zu legen. Innerhalb des Amtsbezirks können die Schalterdrucker zu diesem Zweck von einer Fahrkartenausgabe zur anderen durch das Amt verfügt werden. In diesem Falle ist aber eine Meldung unter Angabe der Nummer des Druckers (bei Reginen: Nummer des Druckschlittens und Nummer des Untergestells) an die Fahrkartenverwaltung, die eine Kartei der Schalterdrucker führt, erforderlich. Nach Ziffer 16 des Anhangs zur Schalterdruckvorschrift (DV 714) ist auch die VK I von Umstellungen zu benachrichtigen. Für die Umstellung der Schalterdrucker von Amtsbezirk zu Amtsbezirk ist die Rbd — Dezernat 23 — zuständig. Bei jeder Abgabe eines Schalterdruckers — auch innerhalb des Amtes — ist die zuständige Anlagenbuchhaltung zu verständigen, damit dort die entsprechende Berichtigung vorgenommen werden kann.

Wartung

Bei allen Schalterdruckern obliegt die äußerliche Wartung, die Reinigung der Druckplatten und Druckstöcke sowie das Einfärben der Druckwalzen den Beschäftigten der Fahrkartenausgaben. Die aus den Schalterdruckeinrichtungen der Fahrkartenausgaben ausgegebenen Fahrkarten weisen trotz der gegebenen Bestimmungen und der besonderen Hinweise z. T. noch einen unsauberen und unleserlichen Druck auf. Dies ist auf die Verschmutzung und Abnutzung der Druckstöcke und Druck-

platten und auf schlechtes Einfärben der Farbwalzen zurückzuführen und ist ein Zeichen unsachgemäßer Wartung und Unterhaltung der Maschinen. Für die Abstellung dieser Mängel müssen die Ämter und Dienststellenleiter Sorge tragen. Auf die Verfügungen der Rbd Berlin vom 4. 9. 46 — 9 Vf 1 Vpfr —, vom 17. 5. 47 — 9 Vf 1 Vpfr — und vom 21. 9. 50 — 23 FdV Vpfr — wird noch besonders hingewiesen.

a) AEG-Schalterdrucker und Pautzedrucker

Das Reichsbahn-Signal- und -Fernmeldewerk (Sfw) in Berlin, Wriezener Bf, hat eine Reparaturwerkstatt für Schalterdrucker in Berlin-Friedrichstraße eingerichtet. Den dort beschäftigten Richtmeistern obliegt es, die Störungen an den Schalterdruckern schnellstens zu beseitigen. Die Fahrkartenausgaben müssen daher alle Störungen, die an diesen Schalterdruckern auftreten, fernmündlich (22 617) der Reparaturwerkstatt melden.

b) Automaten

Für die Beseitigung der Störungen an den Automaten wird bei der Fahrkartenverwaltung ein Mechaniker beschäftigt. Störungsmeldungen sind in diesem Falle fernmündlich an die Fahrkartenausgabe Ostkreuz (23 203) zu richten.

Die Fahrkartenausgaben haben alle an den Schalterdruckern und Automaten eingetretenen Störungen — auch das Reißen der Aufnahme- und Prüfstreifen — in das Störungsbuch einzutragen.

Die Kosten für die Störungsbeseitigung sind Kosten der Wirtschaftsgruppe Betrieb und Verkehr.

Sind die Schäden an den Apparaten so groß, daß sie von den Richtmeistern oder Mechanikern nicht an Ort

Beseitigung
von Störungen

Instand-
haltung

und Stelle beseitigt werden können, so müssen die Apparate in den Werkstätten des Reichsbahn-Signal- und -Fernmeldewerkes in Berlin, Wriezener Bf, wiederhergestellt werden. Dies zu veranlassen ist Sache der Vorsteher der Fahrkartenausgaben. Die zuständige Wirtschaftsgruppe Betrieb und Verkehr hat mit dem Sfw wegen Abgabe eines Kostenanschlages in Verbindung zu treten. Für die Instandsetzung ist nach Feststellung der Kosten ein Bestellschein (Drucksachen-Nr. 273 01) durch die Fahrkartenausgabe aufzustellen und dem zuständigen Reichsbahnamt zur Genehmigung vorzulegen. Die Kosten für die Instandhaltung sind Kosten der Wirtschaftsgruppe Betrieb und Verkehr. Die Aufforderung zur Abgabe eines Kostenanschlages hat nur durch die Wirtschaftsgruppe Betrieb und Verkehr des jeweiligen Reichsbahnamtes zu erfolgen.

General-reparaturen

Handelt es sich bei der Instandsetzung der Schalterdrucker um eine Generalüberholung, so kann diese nur ausgeführt werden, wenn hierfür Investitionsmittel zur Verfügung stehen. Generalreparaturen werden von dem Signal- und Fernmeldewerk in Berlin, Wriezener Bf, ausgeführt.

Für Generalreparaturen hat das Reichsbahnamt rechtzeitig vor Beginn des Planjahres bei der Abt. VIII der Rbd den Antrag auf Einplanung der entsprechenden Mittel zu stellen.

Beschaffung von Druckplatten

Den Fahrkartenausgaben obliegt die Beschaffung von Druckplatten und Druckstöcken. Sie können ebenfalls nur aus Investitionsmitteln beschafft werden. Gefertigt werden Druckplatten nur von der Firma

Polygraph VEB
Buchdruckmaschinenwerk
Leipzig W 31
Wachsmuthstraße 4.

Bei der Bestellung der Druckplatten ist dem Bestellschein eine Bedarfsliste (Drucksachen-Nr. 714 01 oder 714 02) beizugeben. Hierbei ist zu beachten, daß die Bedarfsliste als Unterlage für die Anfertigung der Druckplatten dient. Die Listen sind so aufzustellen, daß alle erforderlichen Angaben, die die Druckplatten enthalten müssen, aus ihnen zweifelsfrei zu ersehen sind. Bei Anforderung von Anschlußkarten sind die Karten nach den Mustern auf Seite 7 und 8 der „Bestimmungen über Anfordern, Ausgabe und Gültigkeit der Anschlußkarten (51 S-Bahn 6 Vpav vom Juni 1951)“ aufzuzeichnen, damit Schwierigkeiten bei der Anfertigung der Druckplatten nicht entstehen.

Für die Beschaffung von Druckplatten hat das Reichsbahnamt rechtzeitig vor Beginn des Planjahres bei der Abt. VIII der Rbd den Antrag auf Einplanung der entsprechenden Mittel zu stellen.

Soweit Druckplatten neu beschafft werden müssen und der erforderliche Geldbetrag 1000 DM nicht übersteigt, sind diese aus den Mitteln für Kleininvestitionen des zuständigen Reichsbahnamtes anzuschaffen. Übersteigt der Betrag 1000 DM, gilt das im vorstehenden Absatz Gesagte.

Für die Beschaffung von Schalterdruckern müssen Investitionsmittel zur Verfügung stehen. Das Reichsbahnamt hat rechtzeitig vor Beginn des Planjahres bei der Abt. VIII der Rbd den Antrag auf Einplanung der entsprechenden Mittel zu stellen.

Beschaffung von Schalterdruckern

Die Jahrestypen für die AEG-Schalterdrucker werden vom Reichsbahn-Signal- und -Fernmeldewerk in Berlin, Wriezener Bf, geliefert. Die Kosten sind von der Wirtschaftsgruppe Betrieb und Verkehr zu tragen.

Jahrestype

Die Reichsbahnämter stellen für alle in ihrem Bezirk eingesetzten Schalterdrucker einen Bestellschein (Vordruck-Nr. 273 01) aus. Aus ihm muß der Bedarf an Jahrestypen getrennt für:

- AEG-Fahrkartendrucker, passend für alle Druckschlitten, unter Nr. 3570,
- AEG-Fahrkartendrucker, passend für alle Druckschlitten, ab Nr. 3570,
- AEG-Kleindrucker,
- AEG-EZ-Kleindrucker

zu ersehen sein. Für die im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr eingesetzten Schalterdrucker werden Jahrestypen nur benötigt, wenn aus ihnen auch Fahrkarten für den Fernverkehr verkauft werden.

Bestelltermin beim Sfw: 15. 8. jedes Jahres.

(R II — Dr 1 Vpfd r v. 20. 9. 52 / 22 233)

Dresden 225

Betr.: Verlust einer Fahrkartenlochzange

Die Fahrkartenlochzange mit Prägezeichen „Mi Oe 1“ vom Bf Oelsnitz (Erzgeb) ist verlorengegangen.

Bei Auffindung der Zange ist diese an Bf Oelsnitz (Erzgeb) unter gleichzeitiger Verständigung der Rbd Dresden zurückzusenden.

(R II-2 Vpfgl v. 23. 9. 52)

gez. Mühlner

Betr.: Schichtarbeiterrückfahrkarten Halle 175

Im Verzeichnis der Werke, die Schichtarbeiterrückfahrkarten erhalten können — VM 138/15/52 —, sind folgende im Bezirk der Rbd Halle gelegenen Betriebe zu streichen:

- Mitropa, Hauptbahnhofsgaststätte Halle,
- Bahnhofsgaststätte in Bitterfeld,
- Bahnhofsgaststätte in Dessau,
- Bahnhofsgaststätte in Wittenberg,
- HO-Gaststätte in Wittenberg,
- Hotel „Goldener Adler“ in Wittenberg,
- Mitteldeutsche Wetterdienststelle in Leipzig,
- Kreiskrankenhaus in Kohren-Sahlis.

(R II-2 Tpews v. 20. 9. 52)

gez. Grollnitz

Sicherungs- und Fernmeldewesen

GdR 997

Betr.: Unterhaltung der Sicherungsanlagen

Da nunmehr in verschiedenen Signalmeisterei- bzw. Signal- und Fernmeldemeistereibezirken die Unterhaltungsarbeiten im Sicherungswesen von Brigaden durchgeführt werden, liegt Veranlassung vor, folgendes anzuordnen:

Beim selbständigen Arbeiten einer Brigade an Blockwerken, Magnetschaltern, Blocksperrern, Unterwegssperren oder an Verschlussvorrichtungen im Verschluss-

kasten muß der Brigadier entsprechend nach § 14,2 der StV (DV 412) geprüft worden sein. Die gleiche Prüfung ist erforderlich, wenn einer Brigade die Unterhaltung eines Bezirks mit vorgenannten Sicherungsanlagen übertragen werden soll.

Der Name des Brigadiers ist im Teil A des Störungsbuches einzutragen und gilt als zuständiger technischer Berechtigter (ehem. zuständiger technischer Beamter) im Sinne der Block- und Stellwerkvorschrift.

(SF Ia Ssu 81 v. 29. 9. 52 / 31 471)

gez. Lier

Gruppe Fahrzeuge

GdR 998

Betr.: Versorgung der Baustellen mit elektrischem Strom

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen von seiten der Investitionsträger die Erstellung von Baustrom-Versorgungsanlagen durch Dienststellen des Starkstrom-Unterhaltungsdienstes gefordert wird.

Abgesehen davon, daß diesen Dienststellen hierfür keine Materialien zur Verfügung stehen, ist die Einrichtung der Baustromversorgung Sache des Auftragnehmers und fällt in dessen Leistungsbereich. Dies geht auch klar aus den „Allgemeinen Bedingungen der volkseigenen Bauindustrie für die Übernahme und Durchführung von Bauarbeiten (ABB)“ hervor — vgl. Ministerialblatt Nr. 24 vom 14. 6. 52 —, wo im § 17 (2 c) nur von der Mitbenutzung vorhandener Leitungen gesprochen wird. Dies ist wie folgt auszulegen:

Sind auf dem Baugelände oder in dessen unmittelbarer Nähe reichsbahneigene Versorgungsleitungen vorhanden, so wird dem Auftragnehmer der Anschluß an dieses Netz, sofern die benötigte Energiemenge die Leistungsfähigkeit des Reichsbahnanschlusses nicht überschreitet, ohne weiteres gestattet. Die Frage, ob die benötigte Leistung zur Verfügung steht, ist ausschließlich von den Dienststellen des Starkstrom-Unterhaltungsdienstes zu beurteilen. Diese sind daher von den Investitionsträgern vor Abschluß von Verträgen über Bauleistungen, zu deren Durchführung elektrischer Strom benötigt wird, zu befragen.

Bei Anhäufung von Baumaschinen wird es vorkommen, daß wohl die Leistung an sich zur Verfügung gestellt werden kann, daß aber eine Verstärkung der Anschlußleitungen notwendig ist. In solchen Fällen muß die Verstärkung der Leitung kosten- und materialmäßig vom Auftragnehmer getragen werden.

Den Anschluß der Baustromanlage an das Reichsbahnnetz besorgen die Dienststellen des Starkstrom-Unterhaltungsdienstes, die auch die Größe der vorzusehenden Sicherungen, die das Netz der DR vor Störungen schützen sollen, bestimmen. Sie sind ferner verpflichtet, vor Einschaltung der Anlage diese einer Prüfung zu unterziehen.

Der an die Baustelle abgegebene elektrische Strom ist, wie ebenfalls im § 17 (2 c) der ABB festgelegt, stets zu Lasten des Auftragnehmers zu verrechnen. Da es häufig nicht möglich ist, für den Baustromananschluß einen besonderen Zähler bereitzustellen, ist in diesen Fällen eine Pauschalabrechnung zu vereinbaren, die von den

Dienststellen des Starkstrom-Unterhaltungsdienstes vorzubereiten und dem vorgesetzten Reichsbahnamt zur Genehmigung vorzulegen ist.

Bei Baustellen, die außerhalb des Bereiches des Reichsbahnnetzes liegen, ist die Bereitstellung elektrischer Energie eine Angelegenheit, die unmittelbar zwischen dem Auftragnehmer und dem in Frage kommenden Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen geregelt werden



muß. Sollte auch von diesen infolge der großen Entfernungen und des Fehlens von Versorgungsleitungen ein Aufschließen der Baustelle nicht möglich sein, so muß vom Auftragnehmer auf eigene Erzeugung durch Notstromaggregate und dergleichen zurückgegriffen werden. Notstromaggregate der DR können nur in ganz besonderen Ausnahmefällen bereitgestellt werden.

(Fz Ic 7987/52 v. 30. 9. 52 / 31 748)

Hauptbuchhaltung

GdR 999

Betr.: Bezahlung von Überstunden in Rbd, Rb-Ämtern und nachgeordneten Verwaltungen und Büros

Entsprechend der Verordnung zum Schutze der Arbeitskraft vom 15. 10. 51 (GBl. Nr. 127/51) bedarf die Leistung von Überstunden grundsätzlich der vorherigen Genehmigung des zuständigen Hauptamtes für Arbeitsschutz. In besonders begründeten Dringlichkeitsfällen ist die vorher zu erteilende Genehmigung der BGL der Dienststelle ausreichend. Aus den gesetzlichen Bestimmungen ergibt sich, daß Überstunden in Verwaltungen und Büros, die nicht durch das Hauptamt für Arbeitsschutz bzw. die zuständige BGL vorher genehmigt worden sind, auch nicht vergütet werden dürfen. Die Hauptbuchhalter wollen auf dem Wege der Finanzkontrolle sicherstellen, daß Überstunden in Büros und Verwaltungen in Zukunft nur bezahlt werden, wenn in jedem Einzelfalle die vorherige Genehmigung vorliegt.

(Hb I — 3067/52 v. 26. 9. 52 / 31 776)

gez. Thiede

GdR 1000

Betr.: Aktivierung von Gebühren für Vorprojektierungsarbeiten 1952

Die Deutsche Investitionsbank, Zentrale Berlin, hat mit ihrem Rundschreiben III Bauwirtschaft Nr. 21/52 (III) vom 3. 9. 52 bekanntgegeben, „daß die vorläufig aus Haushaltsmitteln finanzierten Vorprojektierungsarbeiten 1952 mit der Maßgabe zu aktivieren sind, daß sie zunächst im Anlagevermögen auf Konto 030 gebucht und bei Abrechnung des Objektes auf das betreffende Anlagekonto umgebucht werden.“

Hierbei ist zu beachten, daß lediglich die Gebühren für die ausgeführten Objekte zu aktivieren sind. Gebühren für Vorprojekte, die nicht ausgeführt worden sind, bleiben von dieser Regelung ausgeschlossen.

Soweit jedoch Vorprojekte im nächsten oder in den folgenden Planjahren ausgeführt werden, sind sie später zu aktivieren.“

Die Buchung der Vorprojektierungskosten erfolgt per 030 an 0840.

(Hb I — 3070/52 v. 26. 9. 52 / 31 776)

gez. Thiede

GdR 1001

Betr.: Frachtkosten für Investitionsmaterial

Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das für die Reichsbahn-Bau-Union zu liefernde

Material für Investitionsvorhaben grundsätzlich auf Frachtbriefen des öffentlichen Verkehrs abzufertigen ist. Dies gilt ebenfalls für die von der Reichsbahn-Bau-Union übernommenen Hochbaumeistereien, Lager usw. (Hb III — 3042/52 v. 18. 9. 52 / 31 412) gez. Hielscher

Planung

Berlin 383

Betr.: Führung und Kontrolle der Bautagebücher

Bei der Überprüfung der Investvorhaben wurde allgemein festgestellt, daß das neuentwickelte und herausgegebene Bautagebuch nicht mit der nötigen Sorgfalt geführt wird.

Auf einigen Baustellen war zu verzeichnen, daß das Bautagebuch 8 bis 14 Tage im Rückstand ist. Des weiteren wurde festgestellt, daß die Amtsvorstände und Sonderbeauftragten der Bauvorhaben nur in wenigen Fällen eine Kontrolle der Bautagebücher im Baubüro oder beim Sachbearbeiter, der die Zweitschrift zur Abgabe der laufenden Meldung erhält, durch Namensunterschrift vorgenommen haben.

Es ist nicht Sinn der Sache, daß diese wichtigen Aufzeichnungen nicht geführt und nicht kontrolliert und dadurch zwecklos werden, sondern die Bautagebücher bilden für die Abrechnung den Nachweis, für neue Arbeiten die Grundlage der Kalkulation und bei Unfällen können sie den jeweils Verantwortlichen entlasten.

Die Amtsvorstände und Sonderbeauftragten bemühen sich um eine bessere Kontrolle und unterweisen die jeweilig örtlichen Bauleiter nach der den Blättern beigegebenen Verfügung der GdR.

gez. Freitag

gez. Schulze

(Vpr Pl III — 4 — v. 15. 9. 52 / 22 104)

Finanzen

GdR 1002

Betr.: Ergänzende Anordnungen der GdR zur Verordnung über die Be- und Entladung von Eisenbahngüterwagen vom 20. 6. 52

Wir machen darauf aufmerksam, daß vorstehende Anordnungen, in denen unter anderem auch vorgeschrieben ist, wie nunmehr Wagenstandgeld usw. zu verbuchen sind, in den Verkehrsdienstlichen Mitteilungen (VM) Nr. 28 vom 15. 9. 52 bekanntgegeben wurden.

Die Hauptbuchhalter haben sicherzustellen, daß aus der genannten Verordnung sich ergebende finanz- und buchungstechnische Fragen diesen Anordnungen entsprechend behandelt werden.

Es ist zu beachten, daß die auf Seite 142 der VM (Ziffer 3, dritter Absatz) genannte Grenze für RE-Aufträge inzwischen von 3000 DM auf 500 DM gesenkt wurde. Eine entsprechende Berichtigung erscheint in den nächsten VM.

(F Ia — 152/52 v. 26. 9. 52 / 31 416)

gez. Hielscher

Organisation

GdR 1003

Betr.: Anweisung über die Einführung einheitlicher Vordrucke bei der Ertelung von Dienstaufträgen gemäß Anordnung des Ministeriums des Innern vom 4. 2. 52

In der im Mitteilungsblatt Nr. 19 vom 31. 7. 52 unter GdR 870 auf Seite 280 abgedruckten Anweisung ist unter Abschnitt V folgendes hinzuzusetzen:

„Inspektoren für Betriebssicherheit der GdR, Rbd und RbA“.

(Org IIa 1447/52 v. 27. 9. 52 / 31 271)

gez. Schubring

GdR 1004

Betr.: Übernahme von Hypotheken durch die DIB

Vom Ministerium des Innern — Hauptabteilung Amt zum Schutze des Volkseigentums — wird uns folgendes mitgeteilt:

„Im Einvernehmen mit der Deutschen Investitionsbank Berlin ist aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung folgendes vereinbart worden:

1. Von der DIB sind auch solche volkseigenen Hypotheken gemäß Verordnung vom 15. 1. 51 zu übernehmen, bei denen sich herausstellt, daß die diesen Hypotheken zugrunde liegenden Forderungen nicht mehr bestehen, auch wenn es sich um Sicherungshypotheken handelt.
2. Die Löschungsbewilligungen sind durch die nach der örtlichen Lage des Grundstückes zuständigen Filialen der DIB auszustellen.

Bei Abgabe der erforderlichen Unterlagen zwecks Ausstellung der Löschungsbewilligung ist die zuständige Filiale der DIB auf die Anweisung der Deutschen Investitionsbank Berlin vom 24. 7. 52 — N/210/Fe/Jd — zu verweisen.“

Die entsprechenden Anmeldungen sind sofort vorzunehmen. Wir weisen in diesem Zusammenhang auch auf die Erste Durchführungsbestimmung zur VO über die Übernahme von Hypotheken und anderen übertragbaren Rechten sowie von Wertpapieren und Beteiligungen des Volkseigentums und der juristischen Personen des öffentlichen Rechts — Übernahmeverordnung — vom 16. 8. 52 (GBl. Nr. 115/52, S. 752) hin.

(Org VII a 1348/52 v. 24. 9. 52 / 31 632)

gez. Mehlhorn

Betr.: Tragen der Uniform

GdR 1005

Wir haben Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß das Tragen der alten Dienstkleidung mit neuen Berufsgradabzeichen nicht gestattet ist, da sich die neue Uniform sowohl in der Farbe wie im Schnitt außerordentlich stark von der alten Dienstkleidung unterscheidet. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die alten Hosen ohne Biesen im Dienst aufgetragen werden. Die Joppen müssen aber dem neuen Schnitt und der neuen Farbe entsprechen. Alte Schirmmützen mit alten Kordeln (blaufarbig, golddurchwirkt bzw. gold- und blaufarbig oder goldfarbig, blaudurchwirkt) dürfen im Dienst nicht getragen werden. Sie können außer Dienst aufgetragen werden, jedoch ohne Kordel.

Ferner weisen wir darauf hin, daß es unzulässig ist, die Form und den Schnitt der neuen Uniform eigenmächtig abzuändern, z. B. Umänderung der Hosen für Frauen (Skihosenform) in lange Hosen mit Umschlag und der Joppen für Frauen durch Abnähen im Rücken und Einziehen von Gummiband im Taillenschluß.

Verstöße hiergegen werden disziplinarisch geahndet.
(Org IV 1488/52 v. 29. 9. 52 / 31 230) gez. Schubring

Berlin 384

Betr.: Namensänderung des ehemaligen Bahnbetriebswagenwerkes Berlin-Potsdamer Gbf

Das Bahnbetriebswagenwerk Berlin-Potsdamer Gbf hat den Ehrennamen „Ernst Kamieth“ erhalten.

Die dienstliche Anschrift lautet:

Bahnbetriebswagenwerk „Ernst Kamieth“
Berlin-Potsdamer Gbf;

abgekürzt:

Bww „Ernst Kamieth“
Berlin-Pog.

(Org I-3 Ogs v. 25. 9. 52 / 25 024)

gez. Jonas

Halle 176

Betr.: Änderung einer Agenturbezeichnung

Die an der Strecke Röblingen—Vitzenburg gelegene Agentur Niederschmon wird mit Wirkung vom 5. 10. 52 in Schmon umbenannt.

(Org I-3 Ogo 13/52 v. 17. 9. 52 / 17 29)

Kader

Betr.: Verlust von Dienstaussweisen GdR 1006

Der Dienstaussweis ist für jeden Eisenbahner ein wichtiges Dokument, das ihm das Betreten seiner Arbeitsstelle ermöglicht.

Die Wichtigkeit dieses Dokumentes und welcher Schaden damit angerichtet werden kann, wenn der Dienstaussweis in die Hände von Saboteuren und Agenten gelangt, ist weder den leitenden Funktionären der Deutschen Reichsbahn noch allen Eisenbahnern klar, da sie sonst gegen die Überhandnahme der Verluste von Dienstaussweisen in den letzten Monaten entschiedener Stellung genommen und Maßnahmen ergriffen hätten. Ich ordne daher mit sofortiger Wirkung an:

- Ab 1. 10. 52 ist jeder Verlust von Dienstaussweisen mit einem strengen Verweis nach § 8 der Disziplinarordnung zu bestrafen.
- Bei wiederholtem Verlust von Dienstaussweisen ist der Betreffende wegen mehrmaligem Verstoß gegen diese Verordnung fristlos zu entlassen.
- Beim nächsten Dienstunterricht ist in jeder Dienststelle, jedem Reichsbahnamt, jedem Reichsbahnausbesserungswerk, jeder Reichsbahndirektion und in allen Abteilungen der Generaldirektion über den Dienstaussweis als das wichtigste Dokument jedes Eisenbahners eine ausführliche und gründliche Schulung durchzuführen.

Der Personalleiter der Generaldirektion, die Personalleiter der Reichsbahndirektionen, die Personalleiter der Reichsbahnausbesserungswerke, die Personalleiter der Reichsbahnämter und die Kaderbearbeiter der Dienststellen sind verpflichtet, ihren vierteljährlichen Berichten eine genaue Analyse über die Zahl der verlorengegangenen Dienstaussweise und der ermittelten Gründe beizufügen.

gez. Staimer

(St d Gd f O u S 517/52 v. 17. 9. 52 / 31 462)

Betr.: Sperrung von Dienstaussweisen

Personen, die im widerrechtlichen Besitz von Eisenbahndienstaussweisen angetroffen werden, sind der Volkspolizei zu übergeben.

Die für den Ausweis zuständige Rbd oder die ausfertigende Dienststelle ist zu benachrichtigen.

GdR 1007

Nr. 0 311 608, Helmut Erdmann, Bauzug Schwerin, z. Z. Ruhland, gültig bis 28. 2. 53;

Nr. 0 125 202, Günter Miersch, Bm Lieberose, gültig bis 31. 12. 52;

Nr. 318 332, Reinhold Schapp, Bf Vetschau, gültig bis 31. 12. 52;

Nr. 254 734, Heinrich Kühn, Bm Hohenbocka, gültig bis 31. 12. 53;

Fahrradausweis zur frachtfreien Beförderung

Nr. 42 939, Heinrich Kühn, Bm Hohenbocka, gültig bis 31. 5. 53.

(K I a 1002/52 v. 29. 9. 52 / 31 664)



Berlin 385

Nr. 0 483 879, Karlheinz Jeske, Bw Wustermark.

(K II-11 v. 20. 9. 52)

Erfurt 141

Nr. 0 076 169, ausgestellt für Josef Wiedemann, Bf Apolda;

Nr. 347 899, ausgestellt für Augustin Wiedemann, Bf Apolda;

- Nr. 0 284 302, ausgestellt für Elsa Steinau, geb. Werner, Bf Weißenfels;
 Nr. 0 111 572, ausgestellt für Erich Glöck, Sfm Eisenach;
 Nr. 184 852, ausgestellt für Lucia Schubert, Bf Hermsdorf-Kl.;
 Nr. 0 077 405, ausgestellt für Wilhelm Ott, Bf Gera Hbf;
 Nr. 0 354 636, ausgestellt für Elfriede Rüdiger, Bf Gera Hbf;
 Nr. 049 005, ausgestellt für Artur Volk, Bf Trusetal (Zugschaffner).

(K I-6 v. 22. 9. 52 / 15 11)

Greifswald 184

- Nr. 345 520, ausgestellt für Fritz Mantei, Rbd Greifswald;
 Nr. 376 031, ausgestellt für Gerhard Beilfuß, Rbd Greifswald;
 Nr. 169 390, ausgestellt für Erna Büche, Rbd Greifswald.

(K I/II — 8 Pad v. 17. 9. 52 / 13 26) gez. I.V. Maschel

Halle 177

- Nr. 0 135 384, ausgestellt für Luise Berger, Köchin, Leipzig O 5, Stötteritzer Straße 2 a;
 Nr. 0 134 987, ausgestellt für Johanna Plätzer, geb. 10. 1. 14, Leipzig O 5, Rosmarienweg 14.
 (K — 25. 9. 52 / 52 86)

Halle 178

Belohnung

Durch die rechtzeitige Entdeckung eines größeren Waldbrandes und durch die richtig eingeleiteten Maßnahmen zu seiner erfolgreichen Bekämpfung haben der Kollege Arthur Köhler, Bm Grimma, und die Kollegin Helene Kretzschmar, Forstamt Grimma, wesentlich dazu beigetragen, daß die Deutsche Reichsbahn vor einem großen Schaden bewahrt wurde.

Den beiden Genannten wurde für ihre Aufmerksamkeit und ihr folgerichtiges Verhalten eine außerordentliche Belohnung zuerkannt.

gez. Klein

Rba Leipzig

Brandschutzwesen (K)

Arbeit

GdR 1008

Betr.: Verordnung über die Entlohnung und Prämierung von Lehrausbildern, Lehrmeistern und Lehrobermeistern in volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben

Nachstehend wird die im Verordnungsblatt für Groß-Berlin Nr. 43 vom 16. 9. 52 (S. 456—458) verkündete Verordnung über die Entlohnung und Prämierung von Lehrausbildern, Lehrmeistern und Lehrobermeistern in volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben vom 12. 9. 52 bekanntgegeben.

Die Verordnung ist am 1. 7. 52 in Kraft getreten. Sie hat folgenden Wortlaut:

Verordnung über die Entlohnung und Prämierung von Lehrausbildern, Lehrmeistern und Lehrobermeistern in volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben Vom 12. 9. 52

Der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft stellt der Berufsausbildung in der Deutschen Demokratischen Republik und in Groß-Berlin die Aufgabe, bis 1955 1 170 000 hochqualifizierte Facharbeiter und -arbeiterinnen auszubilden und der Produktion zuzuführen. Diese jungen Arbeiter und Arbeiterinnen müssen so ausgebildet und erzogen werden, daß sie beim Eintritt in die Produktion bereits mit den neuen Arbeitsmethoden vertraut sind und die Arbeit in Brigaden im Kampf um die Übererfüllung ihrer täglichen Norm als eine Selbstverständlichkeit betrachten. Aus den Reihen dieser jungen Facharbeiter werden unsere Aktivisten, Brigadiers und Meister hervorgehen.

Für die Ausbildung und Erziehung der jungen Facharbeiter müssen solche Lehrausbilder, Lehrmeister und Lehrobermeister tätig sein, die durch ihr demokratisches Staatsbewußtsein und ihre pädagogische und fachliche Qualifikation die Voraussetzungen für diese verantwortungsvolle Funktion besitzen. Darum sind unsere Aktivisten und hochqualifizierten Facharbeiter als Lehrausbilder, Lehrmeister und Lehrobermeister zu werben und entsprechend den Qualifikationsmerkmalen zu entwickeln. Gestützt auf die Qualifikationsmerkmale werden die Entlohnung sowie die Prämierung nach dem Leistungsprinzip vorgenommen. Die Entlohnung der Lehrausbilder, Lehrmeister und Lehrobermeister ist damit dem Lohnniveau der qualifizierten Facharbeiter im Leistungslohn angeglichen und

wird in Verbindung mit der Prämierung den Lehrausbildern, Lehrmeistern und Lehrobermeistern den Ansporn zur ständigen Qualifizierung geben. Durch die Anwendung des Leistungsprinzips für das Lehrpersonal werden wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung der Berufsausbildung und für die Heranbildung qualifizierter junger Facharbeiter geschaffen.

In Anbetracht der Bedeutung der Lehrausbilder, Lehrmeister und Lehrobermeister für die Ausbildung und Erziehung der werktätigen Jugend wird daher folgendes verordnet:

I

Entlohnung für Lehrausbilder, Lehrmeister und Lehrobermeister in volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben

§ 1

Anforderungen an die Lehrausbilder

(1) Lehrausbilder der Gruppe 1 sind Facharbeiter, die in das Aufgabengebiet des Lehrausbilders eingeführt werden und diese Funktion unter Anleitung ausüben. Sie müssen die Fähigkeit besitzen, den Lehrlingen ihre Erfahrungen zu übermitteln und sie bei den Lehrarbeiten anzuleiten. Sie sind verpflichtet, an dem Grundlehrgang für das Ausbilderpersonal innerhalb eines halben Jahres teilzunehmen.

(2) Lehrausbilder der Gruppe 2 müssen den Grundlehrgang mit Erfolg abgeschlossen haben und danach befähigt sein, ein Lernaktiv selbständig zu leiten. Sie müssen Grundkenntnisse über die TAN und die Arbeitsvorbereitung besitzen.

(3) Lehrausbilder der Gruppe 3 sollen am 1. Aufbaulehrgang oder an einem sechsmonatigen Lehrgang an einer Schule zur Ausbildung von Lehrausbildern teilgenommen haben. Sie müssen die Grundsätze der fortschrittlichen Pädagogik beherrschen und die Qualifikation besitzen, methodische Lehrunterweisungen durchzuführen. Sie müssen befähigt sein, eine Lehrgruppe, bestehend aus zwei Lernaktiven, in Vertretung des Meisters zu leiten.

(4) Die Lehrausbilder der Gruppen 1, 2 und 3 sind verpflichtet, zur Erweiterung und Vertiefung ihrer Kenntnisse an den Weiterbildungszirkeln in den Ausbildungsstätten, die das Studium der fortschrittlichen Arbeitsmethoden und der Methodik der Berufsausbildung zum Ziel haben, teilzunehmen.

(5) Facharbeiter, die eine hohe Qualifikation nachweisen und die Funktion eines Lehrausbilders übernehmen, obgleich sie die Lehrgänge für das Ausbilderpersonal noch nicht besucht haben, können in die Gruppe 2 oder 3 gruppiert werden, wenn sie sich verpflichten, innerhalb von 18 Monaten die geforderten Lehrgänge zu besuchen.

§ 2

Anforderungen an die Lehrmeister

(1) Die Lehrmeister müssen eine erfolgreiche Tätigkeit in der Berufsausbildung sowie eine hohe Qualifikation in ihrem Fachgebiet nachweisen und bestrebt sein, ihre Kenntnisse u. a. auch auf den Gebieten der TAN und der Arbeitsvorbereitung zu verbessern.

(2) Falls die Lehrmeister noch nicht an den Lehrgängen zur Qualifizierung des Ausbilderpersonals teilgenommen haben, sind sie verpflichtet, in systematischer Folge die Lehrgänge zu besuchen.

(3) Auf Anforderung der zuständigen Fachabteilung des Magistrats von Groß-Berlin müssen die Lehrmeister an den Lehrmeisterlehrgängen mit einer halbjährigen Ausbildungszeit teilnehmen und die Lehrmeisterprüfung ablegen.

(4) Zur Weiterbildung nehmen alle Lehrmeister in den Ausbildungsstätten an den Weiterbildungszirkeln zum Studium der fortschrittlichen Arbeitsmethoden und der Methodik der Berufsausbildung teil.

§ 3

Anforderungen an die Lehrobermeister

(1) Der Lehrobermeister übt die Funktion eines Werkstattleiters aus. Ihm sind mehrere Lehrmeister unterstellt. Er ist für die Durchführung des praktischen Unterrichts verantwortlich.

(2) Der Lehrobermeister muß eine mehrjährige Praxis als Werkmeister oder Lehrmeister in der Berufsausbildung nachweisen und seine Kenntnisse und Erfahrungen in der TAN und Betriebsorganisation erweitern.

(3) Zur Aus- und Weiterbildung nehmen alle Lehrobermeister an den unter § 2 Abs. 2, Abs. 3 und Abs. 4 genannten Maßnahmen zur Qualifizierung des Ausbilderpersonals teil.

§ 4

Entlohnung

(1) Für die Entlohnung der Lehrausbilder der nachstehend angeführten Industrie- und Wirtschaftszweige gilt die als Anlage beigefügte Entlohnungstabelle.

Metallurgie	Bau
Schwermaschinenbau	Volkseigene Güter
übrige Metallindustrie	städtische
Grundstoffchemie	Forstwirtschaftsbetriebe

(2) Für die Entlohnung der Lehrausbilder der nachstehend aufgeführten Industrie- und Wirtschaftszweige gelten die in § 5 aufgeführten Bestimmungen.

Energie	Bekleidung
übrige Chemie	Leder
Steine und Erden	Post
Glasindustrie	Papierherstellung
und Feinkeramik	Druck und Vervielfältigung
Holz	Buchbindereien und Papier-
MAS	verarbeitung
Eisenbahn	Spielwaren
Transport	Kosmetik
Binnenschifffahrt	Erwerbsgartenbau
Textil	Konsum
Nahrung und Genuß	

§ 5

Entlohnung der Lehrausbilder für die im § 4 Abs. 2 aufgeführten Industrie- und Wirtschaftszweige

(1) Die Lehrausbilder sind im Leistungsgrundlohn der Lohngruppen 6, 7 und 8 des Kollektivvertrages bzw.

nach der Verordnung über die Erhöhung des Arbeitslohnes für qualifizierte Arbeiter in den wichtigsten Industriezweigen vom 17.8.52 zu bezahlen. Die Entlohnung der Lehrausbilder erfolgt im Monatslohn, d. h. Leistungsgrundlohn mal 208 Stunden.

(2) Die Einstufung der Lehrausbilder in die Lohngruppen 6 bis 8 erfolgt nach den Anforderungen an die Lehrausbilder gemäß § 1.

(3) Die Lehrausbilder der Gruppe 1 gemäß § 1 sind der Lohngruppe 6, die Lehrausbilder der Gruppe 2 gemäß § 1 sind der Lohngruppe 7 und die Lehrausbilder der Gruppe 3 gemäß § 1 der Lohngruppe 8 gleichzustellen.

§ 6

Entlohnung der Lehrmeister und Lehrobermeister

(1) Die Entlohnung der Lehrmeister ist entsprechend ihrer Qualifikation nach den Gehaltsgruppen der Meisterentlohnung ihres Wirtschaftszweiges zu regeln.



(2) Lehrobermeister sind entsprechend ihrer Qualifikation in die Gehaltsstufen der Obermeister ihres Wirtschaftszweiges einzustufen.

II

Prämien für Lehrausbilder, Lehrmeister und Lehrobermeister von volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben der unter dem § 4 genannten Industrie- und Wirtschaftszweige

§ 7

Allgemeine Voraussetzungen

Zur Förderung der Eigeninitiative und zur Steigerung der Leistung des Ausbilderpersonals werden an Lehrausbilder, Lehrmeister und Lehrobermeister Prämien gezahlt, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- Verbesserung der Berufsausbildung,
- Erfüllung der Planaufgaben.

§ 8

Voraussetzungen im einzelnen

(1) Verbesserungen der Berufsausbildung gemäß § 7 Buchstabe a) sind insbesondere

1. Leistungssteigerung der Lernaktivs auf der Grundlage der Ausbildungsunterlagen, gemessen an der Durchschnittsleistung bei den Zwischenprüfungen im Berufswettbewerb und bei den Lehrabschlußprüfungen, sowie vorbildliche Erziehungsarbeit unter den Lehrlingen.
2. Hervorragende Mitarbeit bei der Entfaltung der Lernaktivbewegung im Berufswettbewerb der deutschen Jugend.
3. Aktive Mitarbeit bei der termingemäßen Erfüllung des Nachwuchsplanes und bei der zweckmäßigen Verwendung der Investitionsmittel sowie bestmögliche Ausnutzung der Arbeitsplätze.
4. Erfolgreiche Anwendung neuer Arbeitsmethoden in der Lehrwerkstatt zur Verbesserung der Berufsausbildung.

(2) Erfüllung der Planaufgaben gemäß § 7 Buchst. b) ist insbesondere:

1. Termingemäße Erfüllung der Ausbildungspläne auf der Grundlage der gesetzlichen Ausbildungsunterlagen.
2. Termingemäße Erfüllung der übernommenen Produktionsaufgaben in den Ausbildungsstätten und Senkung der Ausschußquote.
3. Einhaltung der eingeplanten Mengen an Rohmaterialien, Hilfsstoffen (z. B. Schmierstoffe) und Energie sowie der planmäßig festgelegten Reparationskosten durch sorgsame Pflege der Maschinen und Werkzeuge.
4. Einhaltung der im Plan festgelegten Gemein- und Verwaltungskosten oder deren Einsparung.

§ 9

Höhe der Prämie

- (1) Bei der Erfüllung der im § 7 Satz 2 Buchstabe a) und Buchstabe b) genannten Bedingungen wird der volle Prämienbetrag in Höhe von 150 Prozent eines Monatsgehaltes gewährt.
- (2) Die Prämierung wird halbjährlich vorgenommen.
- (3) Bei Nichterfüllung einzelner der unter § 8 angeführten Bedingungen kann die Prämie gekürzt oder gestrichen werden. Die Kürzung ist entsprechend der Bedeutung, die die einzelnen Punkte für eine gute Lehrausbildung besitzen, vorzunehmen, und zwar:
 - a) wird die Voraussetzung nach § 8 Abs. 1 Ziff. 3 nicht erfüllt, so kann die Prämie voll ausgezahlt werden, wenn alle anderen Voraussetzungen erfüllt wurden;
 - b) werden die Voraussetzungen nach § 8 Abs. 1 Ziff. 2 oder Ziff. 4, und die Voraussetzungen nach § 8 Abs. 2 Ziff. 2 Ziff. 3 oder Ziff. 4 nicht erfüllt, so kann die Prämie bis zu 50 Prozent gekürzt werden;
 - c) werden die Voraussetzungen nach § 8 Abs. 1 Ziff. 1 oder Ziff. 2 und Ziff. 4 oder § 8 Abs. 2 Ziff. 1 nicht erfüllt, so kann die Prämie gestrichen werden.

§ 10

Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung erläßt die Abteilung Wirtschaft des Magistrats von Groß-Berlin.

§ 11

Die Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. 7. 52 in Kraft.
Berlin, den 12. 9. 52

Der Magistrat von Groß-Berlin

Ebert
Oberbürgermeister
Abteilung Wirtschaft
Duscheck
Stadtrat

Anlage

zu vorstehender Verordnung

Entlohnungstabelle

für Lehrausbilder der Industriezweige Schwermaschinenbau (soweit sie unter die Verordnung über die Erhöhung des Arbeitslohnes für qualifizierte Arbeiter in den wichtigsten Industriezweigen vom 14. 8. 52 fallen, mit einem Kreuz gekennzeichnet), Metallurgie, übrige Metallindustrie, Grundstoffchemie, Bau und deren Wirtschaftszweige, volkseigene Güter und städtische Forstwirtschaftsbetriebe

Industrie-, Wirtschaftszweige	Lehrausbilder		
	1	2	3
	DM	DM	DM
Metallurgie	474,—	581,—	710,—
Schwermaschinenbau +	471,—	577,—	710,—
Schwermaschinenbau	433,—	473,—	521,—
Übrige Metallindustrie	415,—	452,—	503,—
Grundstoffchemie	423,—	488,—	560,—
Bau	447,—	481,—	515,—
Städt. Forstwirtschaft	330,—	368,—	400,—
Volkseigene Güter	316,—	342,—	380,—

Gebt den Kriegstreibern die Antwort —

Schafft Friedenskomitees!

Alle der Verordnung entgegenstehenden Lohn- und Gehaltsregelungen werden mit Wirkung vom 1. 7. 52 außer Kraft gesetzt. Insbesondere ist die Verordnung über die Entlohnung und Prämierung von Lehrausbildern, Lehrmeistern und Lehrobermeistern in volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben vom 31. 1. 52 (Anlage A zum Mitteilungsblatt 3/52) von den Betrieben und Dienststellen in Groß-Berlin nicht mehr anzuwenden.

Die Gehälter für die Lehrausbilder der Raw in Groß-Berlin sind aus der Entlohnungstabelle (Schwermaschinenbau) ersichtlich, die vorstehender Verordnung als Anlage beigegeben ist. Dabei ist folgendes zu beachten: Die Lehrausbilder der Raw Schönevide und Tempelhof erhalten die erhöhten Gehaltssätze (Schwermaschinenbau +). Die Lehrausbilder in den Raw Berlin-Warschauer Straße und Grunewald sind nach den einfachen Gehaltssätzen (Schwermaschinenbau) zu entlohnen.

Die Entlohnung der Lehrausbilder bei den übrigen technischen Dienststellen innerhalb von Groß-Berlin ist im § 5 der Verordnung geregelt.

Die Entlohnung der Lehrmeister und Lehrobermeister bei den Raw und technischen Dienststellen in Groß-Berlin erfolgt nach § 6 der Verordnung.

Die für die Eingruppierung der Lehrausbilder erforderlichen Voraussetzungen sind entsprechend der bisherigen Regelung im § 1 der Verordnung festgelegt. Sie sind sowohl für die Raw wie für die anderen technischen Dienststellen in Groß-Berlin maßgebend. Die Anforderungen, die an die Lehrmeister und Lehrobermeister gestellt werden, sind aus den §§ 2 und 3 ersichtlich.

Differenzbeträge, die sich aus der bisherigen Entlohnung und der Entlohnung nach vorstehender Regelung ergeben, sind ab 1. 7. 52 bei den nächsten Lohnzahlungen auszugleichen.

(A IIIb/300/66/52 v. 24. 9. 52/31 578) gez. i. A. Kresse

GdR 1009**Betr.: Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung zum Schutze der Arbeitskraft**

Nachstehend wird die im Gesetzblatt der DDR Nr. 131 vom 20. 9. 52 (S. 870 bis 871) verkündete Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung zum Schutze der Arbeitskraft (Mitteilungsblatt 15/51) bekanntgegeben.

Die Durchführungsbestimmung, die mit ihrer Verkündung am 20. 9. 52 in Kraft getreten ist, enthält nähere Bestimmungen über die Genehmigung von Überstunden und über die Durchführung der Mittagspause (§ 17 der Verordnung). Sie hat folgenden Wortlaut:

Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung zum Schutze der Arbeitskraft**Vom 15. 9. 52**

Auf Grund des § 50 Abs. 1 der Verordnung vom 25. 10. 51 zum Schutze der Arbeitskraft (GBl. S. 957) wird zur Durchführung des Kapitels V, Arbeitszeit, folgendes bestimmt:

Genehmigung von Überstunden**§ 1**

(1) Die Volkswirtschaftspläne sind auf der Grundlage der 48-Stunden-Woche berechnet. Nach § 40 des Gesetzes der Arbeit vom 19. 4. 50 (GBl. S. 349) muß der Produktionsablauf in jedem Betrieb so organisiert werden, daß er in der gesetzlichen Arbeitszeit bewältigt werden kann.

(2) Der § 2 der Verordnung vom 20. 5. 52 über die Wahrung der Rechte der Werktätigen und über die Regelung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten (GBl. S. 377) verpflichtet die Betriebsleitungen und Betriebsinhaber, alle Maßnahmen zu treffen, damit die tägliche oder wöchentliche gesetzliche Arbeitszeit nicht überschritten wird.

§ 2

Die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zu einer erforderlichen Überschreitung der 48-Stunden-Woche für Wirtschaftszweige, deren Eigenart eine solche Arbeitszeitverlängerung für einen längeren oder bestimmten Zeitraum notwendig macht, kann gemäß § 16 Abs. 2 der Verordnung vom 25. 10. 51 zum Schutze der Arbeitskraft (GBl. S. 957) auf Antrag des zuständigen Ministeriums oder Staatssekretariats von dem Ministerium für Arbeit im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand der zuständigen Gewerkschaft erfolgen. Das gleiche gilt bei Arbeitszeitverlängerungen für Gruppen von Betrieben eines Wirtschaftszweiges.

§ 3

(1) Soweit Überstunden nicht durch das Ministerium für Arbeit oder durch die Betriebsgewerkschaftsleitung auf Grund des § 16 der Verordnung vom 25. 10. 51 zum Schutze der Arbeitskraft (GBl. S. 957) zu genehmigen sind, erfolgt die Genehmigung auf Grund des § 40 des Gesetzes der Arbeit vom 19. 4. 50 (GBl. S. 349) durch die Abteilung für Arbeit und Berufsausbildung bei den Räten der Kreise (Arbeitsschutzinspektion).

(2) Der Antrag auf Genehmigung von Überstunden an die Abteilung für Arbeit und Berufsausbildung (Arbeitsschutzinspektion) ist schriftlich mit Angabe der Gründe einzureichen und bedarf:

- bei volkseigenen Betrieben der Zustimmung der Hauptverwaltung des zuständigen Fachministeriums oder Staatssekretariats und des zuständigen Gebietsvorstandes der Gewerkschaft,
- bei den den volkseigenen Betrieben gleichgestellten Betrieben der Zustimmung der zuständigen Hauptverwaltung und des zuständigen Gebietsvorstandes der Gewerkschaft,
- bei Betrieben der örtlichen Industrie, die im Vertragsverhältnis zu volkseigenen oder ihnen gleich-

gestellten Betrieben stehen, der Zustimmung der Hauptverwaltung des zuständigen Fachministeriums oder Staatssekretariats oder der zuständigen Hauptverwaltung und des zuständigen Gebietsvorstandes der Gewerkschaft,

- bei allen übrigen Betrieben der Zustimmung der zuständigen Abteilung beim Rat des Bezirkes (z. B. Abteilung Industrie) und des zuständigen Gebietsvorstandes der Gewerkschaft.

§ 4

Die Genehmigungen durch das Ministerium für Arbeit oder durch die Abteilungen für Arbeit und Berufsausbildung (Arbeitsschutzinspektionen) sind nicht erforderlich, wenn Überschreitungen der gesetzlichen Arbeitszeit zur Beseitigung von Notständen gemäß § 16 Abs. 1 Buchstaben a) bis d) der Verordnung zum Schutze der Arbeitskraft notwendig werden. In diesen Fällen erfolgt die Genehmigung durch die Zustimmung der Betriebsgewerkschaftsleitungen.

Mittagspause**§ 5**

(1) Die Durchführung der Mittagspause von 45 Minuten ist zum Schutze und zur Förderung der Gesundheit und der Erholung der Werktätigen erforderlich. Die Betriebsleiter oder -inhaber sind dafür verantwortlich, daß die Voraussetzungen für die Durchführung dieser Mittagspause geschaffen werden.

(2) Sofern die Mittagspause von 45 Minuten vorerst wegen der bestehenden Verkehrspläne, der Regelung der Energieversorgung oder des Fehlens betrieblicher Voraussetzungen nicht durchführbar ist, kann die zuständige Abteilung für Arbeit und Berufsausbildung (Arbeitsschutzinspektion) bis zum Zeitpunkt der Schaffung dieser Voraussetzungen auf Antrag Ausnahmen genehmigen. Die Mittagspause muß jedoch so bemessen sein, daß zwischen dem Beginn der Pause und der Wiederaufnahme der Arbeit die Beschäftigten ihre Mahlzeit ohne Hast einnehmen können; sie darf nicht weniger als 30 Minuten betragen. Die Anträge bedürfen der Zustimmung der Betriebsgewerkschaftsleitung.

§ 6

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Entgegenstehende Anordnungen oder Vereinbarungen treten damit außer Kraft.

Berlin, den 15. 9. 52

Ministerium für Arbeit

I. V.: Malter
Staatssekretär

(A IIIb/326/85/52 v. 26. 9. 52 / 31 578) gez. i. A. Kresse

GdR 1010**Betr.: Fachbücher für den Eisenbahndienst**

Im Fachbuchverlag Leipzig sind folgende weitere Fachbücher erschienen:

Lokomotivbetrieb Heft 3: „Die Arbeit im Bahnbetriebswerk“ von Paul Kalinowski (Verdienter Eisenbahner) zum Preise von 2,— DM

„Streckenausbau und Fahrplan“ von Prof. Dr. Pott-hoff zum Preise von 2,50 DM

„Grundbegriffe aus der Mechanik der Dampflokomotive“ von Erler/Heyde zum Preise von 1,40 DM

Diese Bücher, die in einer verständlichen Form geschrieben sind, sind nicht nur wertvolle Hilfsmittel für das Studium des Eisenbahndienstes für unsere Nachwuchskräfte, auch für die Eisenbahner in der Praxis sind sie wertvolle Nachschlagewerke und Hilfe für die Erweiterung ihres theoretischen Eisenbahnwissens.

Wir empfehlen allen Eisenbahnern, sich diese wertvollen Fachbücher anzuschaffen.

Die Dienststellenleiter haben dafür Sorge zu tragen, daß diese Fachbücher an der Bekanntmachungstafel popularisiert werden.

Die Reichsbahnschulen mit Fachlehrgängen haben ihre Anforderungen schnellstens der Schulverwaltung der Generaldirektion Reichsbahn vorzulegen, damit die Fachbücher in der erforderlichen Anzahl zentral beschafft werden können.

(A VI c/54/52 v. 20. 9. 52/31 452)

i. A. Tarruhn

GdR 1011

Betr.: Unterrichtskabinette in Betriebsberufsschulen

Bezug: Arbeitsprogramm der Deutschen Reichsbahn für das Jahr 1952 — I.19

Eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Erfüllung der Compendien für die einzelnen Lehrberufe ist das Vorhandensein von Unterrichtskabinetten. Für diese Arbeiten hat der Verlag „Volk und Wissen“, Volkseigener Verlag, Berlin, ein wertvolles Hilfsmittel geschaffen. Unter der Bestell-Nr. 23 590 wurde das Heft 1 in der

Unsere Losung im Planjahr 1952:

**Besser, schneller
und
rentabler transportieren**

Reihe 13 „Anleitungen für die Einrichtung von Unterrichtskabinetten“ herausgebracht. Dieses Heft ist bei allen Ausbildungsstätten sofort zu beschaffen. Es stellt eine bedeutende Hilfe bei der Erfüllung des oben genannten Punktes aus dem Arbeitsprogramm der Deutschen Reichsbahn dar.

(A VII/29/52 v. 22. 9. 52/31 652)

i. A. Tarruhn

Betr.: Lehrlingswohnheime

GdR 1012

Bezug: Vfg. 153/4663/52 vom 16. 7. 52

Die obengenannte Verfügung ist wie folgt zu ändern:

Der Absatz „Die Lehrlinge haben im ersten Drittel ihrer Lehrzeit 30 DM, im zweiten Drittel ihrer Lehrzeit 35 DM und im letzten Drittel ihrer Lehrzeit 40 DM als monatlichen Kostenbeitrag an den Unterhaltsträger des Wohnheimes zu bezahlen“ entfällt.

Dafür ist einzusetzen:

„Die Lehrlinge haben für die Unterbringung und Verpflegung im Lehrlingswohnheim 30 Prozent ihres monatlichen Einkommens, im Höchstfalle jedoch monatlich 30 DM an den Unterhaltsträger des Wohnheimes zu bezahlen.“

Die Änderung ist in die genannte Verfügung einzufügen.

(A VII/21/52 v. 23. 9. 52/31 652)

i. A. Tarruhn

Betr.: Unterrichtsfilme

GdR 1013

Allen Betriebsberufsschulen in den Reichsbahnausbesserungswerken und Nebenausbildungsstellen geht in den nächsten Tagen je ein Verzeichnis

der neuen Unterrichtsfilme für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen — der neuen Hochschulfilme — der neuen Lichtbildreihen für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen

zu.

Die Ausbildungsleiter der Reichsbahnausbesserungswerke verteilen die Verzeichnisse an die Betriebsberufsschulen der zu betreuenden Nebenausbildungsstellen!

(A VIIa 19/52 v. 23. 9. 52/31 750)

i. A. Tarruhn

Betr.: Broschüre

GdR 1014

Die vom Staatssekretariat für Berufsausbildung herausgegebene Broschüre

„Die planmäßige Versorgung der Volkswirtschaft mit Arbeitskräften als Grundlage für die Entwicklung der Berufsausbildung in der UdSSR“

geht den Reichsbahndirektionen und Reichsbahnausbesserungswerken in den nächsten Tagen zu.

Die Instruktoren für Schulung und Berufsausbildung im Dezernat für Arbeit bei den Reichsbahndirektionen verteilen die Broschüren an die Ausbildungsbahnhöfe, die Reichsbahnausbesserungswerke an ihre zu betreuenden Nebenausbildungsstellen.

(A VIIa 13/52 v. 23. 9. 52/31 750)

i. A. Tarruhn

Betr.: Bahnärztlicher Dienst

Cottbus 112

Für den zur Zeit erkrankten Reichsbahnarzt Dr. Jaerisch, Lübbenau, ist der Reichsbahnvertreterarzt Dr. Bertram, Lübben, Friedensstraße 4, verpflichtet worden. Die Dienststellen, die zum Bezirk des Reichsbahnarztes Dr. Jaerisch gehören, schicken ab sofort die Beschäftigten zum Reichsbahnvertreterarzt Dr. Bertram. Jedem Untersuchungsbogen ist ein Untersuchungsauftrag mit der Nr. 145 10 beizugeben. Um eine schnelle Abfertigung zu erzielen, bitten wir, die Beschäftigten möglichst an den Mittwochvormittagen zu schicken.

(A 2 — Uä v. 29. 9. 52/444)

Wirtschaftsbetriebe

GdR 1015

Betr.: Rahmen-Überlassungsvertrag mit der Zentralverwaltung der HO Lebensmittel

Zwischen der Generaldirektion Reichsbahn und der Zentralverwaltung der HO Lebensmittel ist am 31. 7. 52 ein Rahmen-Überlassungsvertrag hinsichtlich der Überlassung von Verkaufsständen (Kioske, Läden) geschlossen worden, der die beiderseitigen Rechte und Pflichten regelt. Er stimmt inhaltlich mit dem mit der HO Gaststätten am 30. 6. 52 abgeschlossenen, als Anlage B zum Mitteilungsblatt 20/52 veröffentlichten

Rahmen-Überlassungsvertrag überein. Dies gilt auch für die drei Anlagen. Es entfallen lediglich die Bestimmungen, die sich auf die Überlassung von Bahnhofswirtschaften beziehen. Von einem Abdruck des Rahmen-Überlassungsvertrages vom 31. 7. 52 wird daher abgesehen. Die Zentralverwaltung der HO Lebensmittel hat ihre Betriebe durch Übersendung von Abschriften des Rahmenvertrages mit Anlagen in Kenntnis gesetzt. Der Abschluß der Einzelverträge für die überlassenen Objekte (§ 10 des Rahmenvertrages) ist nunmehr beschleunigt durchzuführen.

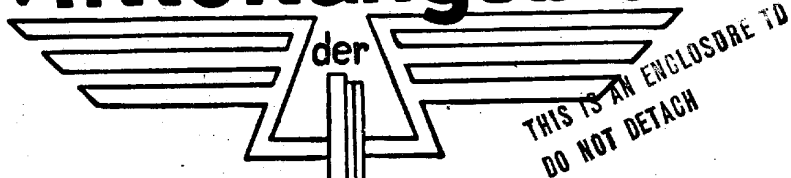
(Wb I — 13/52 v. 24. 9. 52/31 429)

gez. Wisniewski

SECRET

25X1A

Mitteilungsblatt



der Deutschen Reichsbahn

THIS IS AN ENCLOSURE TO
DO NOT DETACH



Ruhm und Ehre

den Nationalpreisträgern und Helden
der Arbeit, den vorbildlichen Erbauern
des Sozialismus

AUS DEM INHALT:

	Seite
Dritter Jahrestag der Republik im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus	395
Die Sammlung im Lager des Fortschritts	397
Unser Weg zur kollektiven Aktivistendarbeit	397
Aufruf des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn zum Beginn des 2. Lehrabschnitts der Betriebsabendschulen der Gewerkschaften	398
Einsatz des ersten „Fahrbaren techn. Kabinetts“ der Deutschen Reichsbahn	398
Große Erfolge im sozialistischen Wettbewerb der Lok-Raw	399
Was ist erforderlich zur Winterfestmachung?	399
Persönliche Stellungnahme des Verdienten Eisenbahners Walter Petersohn, Rbd Halle, Hauptlokfürer, zur Disziplinarordnung der Deutschen Reichsbahn	400
Stellungnahme des Helden der Arbeit Karl Fritsche, Amtsvorstand des Rba Halle, zur Disziplinarordnung der Deutschen Reichsbahn	400
Stellungnahme des Kollegen Günther Netzd, Abt. Planung Rbd Halle, zum Artikel „Fahrt frei“ Nr. 39: „Jeder Eisenbahner wird ein qualifizierter Facharbeiter sein“	400
Persönliche Stellungnahme des Verdienten Eisenbahners und Verdienten Erfinders Emil Neumann, Raw Dessau, zur Frage „Jeder Eisenbahner ein qualifizierter Facharbeiter“ (Art. „Fahrt frei“ Nr. 39)	400
Persönliche Stellungnahme des Verdienten Eisenbahners Franz Lingner, Raw Dessau, zur Reise der Volkskammerdelegation nach Bonn zur Frage der Einheit Deutschlands	400
Verfügungen und Bekanntmachungen	401

Herausgeber: Deutsche Reichsbahn
Generaldirektion
Berlin W 8, Voßstraße 33

SECRET

Nr. **29** Berlin, 9. Okt. 1952 **Jahrg. III**

Wer hat?

- 2 Kreispumpen, Förderleistung 1200 l/min, Förderhöhe 40 m = 1480
- 1 Pumpe mit Drehstrommotor 220 Volt, 17 kW
- 1 Pumpe ohne Motor

Wer braucht?

Starkstrommeisterei
Bahnkraftwerk Leipzig-Connewitz
Basa Leipzig 52 47

Jahrbuch des deutschen Eisenbahners 1953

Herausgegeben von der Lehrmittelstelle der Deutschen Reichsbahn. Etwa 220 Seiten — DIN B 6 — Handbuchformat — Preis etwa 2,— DM.

Aus dem Inhalt:

Ehrentafel der ausgezeichneten Eisenbahner — Neue Arbeitsmethoden im Betriebsdienst und im Verkehrsdienst — im Betriebsmaschinendienst — im Werkstattdienst — im bautechnischen Dienst — im Sicherungs-, Fernmelde- und Elektrowesen — Kultur und Soziales — Schulungswesen — Wissenswertes über die Eisenbahn.

Dieses Jahrbuch wird kein Kalender in üblicher Form sein, sondern ein ausgesprochenes Fachbuch, das in

Einzelbeiträgen namhafter Reichsbahnaktivisten und -fachleute aktuelle Fragen des Eisenbahnwesens behandelt. Sie bringen die gemachten Erfahrungen und Arbeitsmethoden ihres Fachgebietes zu Papier und geben wertvolle praktische Hinweise zur Leistungssteigerung.

Gerade dadurch, daß hier die letzten Erfahrungen auf den verschiedenen Arbeitsgebieten der Deutschen Reichsbahn berücksichtigt werden, wird dieses Jahrbuch jedem Eisenbahner vielseitige Anregungen für seine Berufsaufgaben vermitteln.

Vorbestellungen auf dieses Jahrbuch der Deutschen Reichsbahn nehmen der Fachbuchverlag G. m. b. H. in Leipzig W 31, Karl-Heine-Straße 16, und alle einschlägigen Fachbuchhandlungen entgegen.

Hinweise

Der Modelleisenbahner — Fachbuchverlag GmbH., Leipzig

Gesetzblatt Nr. 133:

Bekanntmachung der Arbeitsschutzbestimmung 631 — Herstellen von Leitungsgräben und Verlegen von Leitungen in die Erde.

Betr.: Fachbücher

Im Fachbuchverlag, Leipzig W 31, Karl-Heine-Str. 16, sind innerhalb der Fachbuchreihe der DR folgende Fachbücher erschienen:

- a) Erler/Heyde: „Grundbegriffe aus der Mechanik der Dampflokomotive“,
- b) Potthoff: „Streckenausbau und Fahrplan“,
- c) Kalinowski: „Lokomotiv-Betrieb — Heft 3 —, Die Arbeit im Bahnbetriebswerk“.

Der Preis der Bücher beträgt:

- zu a): 1,40 DM bei 43 Seiten Umfang mit 23 Abbildungen, Format DIN A 5, kartoniert;
- zu b): 2,50 DM bei 63 Seiten Umfang mit 34 Abbildungen, Format DIN A 5, kartoniert;
- zu c): 2,— DM bei 87 Seiten Umfang mit 13 Abbildungen und sieben Tabellen, Format DIN A 5, kartoniert.

[illegible]

SECRET